Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Gentzewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, sämtlich in Halle. — Redaktion: Halle, Große Brauhausstraße 17, Fernsprecher Nr. [illegible]. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Große Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407. — Zeitungspreisliste Serie 411.

Nr. 33. — **Halle, Sonnabend, den 8. Februar 1919.** — **3. Jahrgang.**

Dr. David Präsident der deutschen Nationalversammlung.

Wie der erste Tag, so ging auch der zweite Sitzungstag der Nationalversammlung ohne jeden bemerkenswerten Zwischenfall programmäßig zu Ende. Nur die Präsidentenwahl stand auf der Tagesordnung und da in den Fraktionssitzungen und Fraktionsbesprechungen die Sache schon geklärt war, so ging der Vorgang ohne nennenswerte Diskussion vonstatten. Der Alterspräsident Pfannkuch eröffnete die Sitzung und brachte die eingegangenen Begrüßungstelegramme zur Verlesung, von denen besonders die zahlreich von verschiedenen deutschen Stämmen in Deutsch-Oesterreich gekommenen recht herzlich gehalten waren und mit Befriedigung aufgenommen wurden.

Genosse Dr. David wurde mit 374 von 399 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der deutschen Nationalversammlung gewählt. Genosse David übernimmt sofort die Leitung der Sitzung und läßt die Wahl der Vizepräsidenten vornehmen. Zu Vizepräsidenten mit gleichem Recht werden die Abg. Haußmann von den Demokraten, Fehrenbach vom Zentrum mit je 374 Stimmen und Dietrich von den Deutschnationalen mit 356 Stimmen gewählt. So sind denn alle größeren Parteien im Präsidium vertreten außer den Unabhängigen, die von vornherein jede Beteiligung an Regierung und Präsidium abgelehnt haben.

Die Rede, die David nach seinem Amtsantritt hielt, traf den rechten Ton. In knappen und treffenden Worten wies er auf die Aufgaben hin, die die Nationalversammlung zu erfüllen hat und gab die Versicherung ab, daß er stets unparteiisch, sowie es die Sozialdemokratie immer gefordert hat, sein Amt als Präsident versehen werde. Stürmischer Beifall fand er am Schlusse

Mitberater haben werden. Nachdem noch die Wahl der Schriftführer vorgenommen worden war, vertagte sich das Haus bis zum Sonnabend.

Die zweite Sitzung.

Weimar 7. Februar. Um ¼4 Uhr eröffnete Alterspräsident Pfannkuch die Sitzung. Zunächst gelangte eine große Anzahl von Begrüßungstelegrammen und Adressen an die deutsche Nationalversammlung zur Verlesung, die aus allen Teilen Deutschlands und Oesterreichs eingegangen waren. Sodann wurde zur

Wahl des Präsidenten

der Nationalversammlung geschritten. Von den abgegebenen 399 Stimmen erhielt Dr. David (Sozialdemokrat) 374 Stimmen. 3 waren zersplittert. 22 Zettel sind unbeschrieben.

Dr. David erklärte, daß er die Wahl annehme und nahm hierauf den Präsidentensitz ein und erklärte in einer Ansprache, daß er sein schweres, verantwortungsvolles Amt gerecht und unparteiisch verwalten wolle.

Gewaltige Aufgaben harren unser,

fuhr Dr. David fort. Krieg und Revolution haben das alte Regierungssystem zertrümmert und zertrümmert. Der alte Bau ist zusammengestürzt. Wir sollen einen neuen errichten. An Stelle des früheren, auf Vorrechten einzelner und der staatsbürgerlichen Benachteiligung einer Minderheit aufgebauten Systems soll eine auf voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung beruhende Demokratie treten. (Lebhaftes Bravo.) Der Wille der Mehrheit gibt die letzte Entscheidung in allen Meinungs- und Interessengegensätzen innerhalb des Ganzen. Nur das unerschütterliche Festhalten an diesem Grundsatze kann die Gefahren beschwören, die sonst uns drohen, die aus den inneren Gegensätzen und Kämpfen entspringen können.

Lassen Sie uns alle bestrebt sein, durch unsere Arbeit den Beweis zu erbringen, daß Deutschland ein für die Demokratie reifes Land ist. Hier werden die Meinungen aufeinander platzen, aber wir wollen wir vergessen, daß die Augen der Millionen, die uns hierher gesandt haben, ja die Augen der ganzen Welt auf uns gerichtet sind, und seien wir uns auch dessen wohl bewußt, nicht Worte nur erwartet unser in Not und Qual seufzendes Volk von uns, sondern Taten. (Lebhafte Zustimmung.) Neben der großen Aufgabe des Verfassungsaufbaues sollen und müssen wir die noch schwierigere Aufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaues in Angriff nehmen; ein neues gesellschaftliches Ideal leben in den Massen des Volkes: den Sozialismus. Nur durch Lösung dieses Problems kann der dauernde Frieden im Innern unseres Volkes errichtet werden. Demokratie und soziale Gerechtigkeit vereint werden das deutsche gemeinschaftliche Gefühl der Idee zum deutschen Lande und zum deutschen Volke mächtig erstarken lassen. Zum deutschen Lande und Volke gehört bis zur Stunde auch Elsaß-Lothringen. Wir senden Elsaß-Lothringen unseren Gruß und werden nicht aufhören, zu fordern, daß auch ihm das Recht der Selbstbestimmung über seine nationale Zugehörigkeit gewährt wird, wie es in den Wilsonschen Grundsätzen ausgesprochen ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Zum deutschen Lande und Volke gehört auch

der deutschösterreichische Bruderstamm.

Ich gebe mich der Hoffnung hin, die Vertreter Deutsch-Oesterreichs in nichtamtlicher Zeitalo Kollegen in unserer Mitte willkommen heißen zu dürfen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Die Wahl der drei Vizepräsidenten soll nun auf Vorschlag des Zentrumsabgeordneten Gröber durch Zuruf erfolgen. Da jedoch der unabhängige Sozialist Haase widerspricht, so muß auch diese Wahl durch Zettelabgabe erfolgen. Das Ergebnis der Wahl ist, daß zu Vizepräsidenten gewählt sind: der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach mit 374 Stimmen, der Demokrat Haußmann mit ebenfalls 374 Stimmen und der Deutschnationale Dietrich mit 358 Stimmen. Die Gewählten nehmen die Wahl an.

Darauf folgt, ebenfalls durch Zettelabgabe, die Wahl der acht Schriftführer. Das Ergebnis der Abstimmung soll nach Schluß der Sitzung festgestellt werden.

Nächste Sitzung Sonnabend 3 Uhr: Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt.

Schluß nach ½6 Uhr.

Sozialdemokratischer Antrag zugunsten der deutschen Kriegsgefangenen.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat folgenden Antrag eingebracht:

Die deutsche Nationalversammlung erhebt am Beginn ihrer Beratungen Protest gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen über den Abschluß des Waffenstillstandes hinaus, während die Gefangenen der Alliierten bis zum letzten Mann in die Heimat zurückkehrten. Sie ruft das Gewissen der Welt, sie ruft die Neutralen und alle menschlich Denkenden auf, sich mit ihr zu vereinigen in der Forderung, den Gefangenen die Heimat, den Familien den Gatten und Vater zurückzugeben, die, jahrelang von den Angehörigen getrennt, mit Ungeduld der Erlösung aus der Gefangenschaft harren. Die deutsche Nationalversammlung sendet den Brüdern jenseits der Grenze ihren dankbaren Gruß und die ernste Versicherung, daß sie nicht ruht, bis ihr Recht zur alsbaldigen Befreiung anerkannt ist.

Die Besetzung der Reichsämter.

[illegible] Reichskanzler genannt werden. Neu geschaffen werden soll das sogenannte Reichs-Verteidigungsministerium. Zum Leiter sei Noske ausersehen. Für die Besetzung des Kolonialamts nennen Dernburg, Erzberger und Freiherr von Richthofen in Betracht. Es sei indessen fraglich, ob das Kolonialamt als solches bestehen bleibe. Als sicher könne gelten, daß Graf Brockdorff-Rantzau sein Amt als Reichsminister des Aeußern behalten werde. August Müller, der Leiter des Reichswirtschaftsamts werde diesen Posten verlassen und durch Oberst Koeth vom Demobilisierungsamte ersetzt werden.

Der Nachfolger Davids im Fraktionsvorstande der Sozialdemokraten wurde Hoch.

Wilsons Auffassung über die Freiheit der Meere.

Amsterdam, 7. Februar. Der „Morning Post" zufolge haben Wilson und seine Mitarbeiter die amerikanische Auffassung von der Freiheit der Meere, die der Friedenskonferenz unterbreitet werden soll, folgendermaßen formuliert:

1. Keine Nation soll eine so große Flotte besitzen, daß sie imstande wäre, die Kontrolle über die Meere allein auszuüben.
2. Die Kriegsregeln sollen während eines Krieges nicht geändert werden.
3. Jede Nation, gleichviel ob kriegführend oder neutral, soll für die Einhaltung der zur See geltenden Regeln in Kriegszeit streng verantwortlich gemacht werden.
4. Der Begriff Bannware soll in Friedenszeiten genau bestimmt werden und kein neutrales Land soll Bannware verschiffen, noch sollen Schiffe neutraler Länder versuchen, eine von einem kriegführenden Lande errichtete Blockade zu brechen.
5. Die Benutzung von U-Booten soll eingeschränkt oder noch besser ganz verboten werden.

Die Streiks in England.

London, 7. Februar. (Reuter.) Der Sekretär der Gewerkschaft der Lokomotivführer hat erklärt, daß um Mitternacht der Befehl zur Beendigung der Streiks ausgegeben wurde. Die Marktgezahl zu einem allgemeinen Eisenbahnstreik sind wieder rückgängig gemacht worden. Ein kleiner Teil der Metallarbeiter in Clyd hat die Arbeit wieder aufgenommen, aber die Werften liegen still und die Ausständigen erklären, daß sie die Arbeit erst dann wieder aufnehmen wollen, wenn die 40stündige Woche gesichert ist. — Der Streik unter den Londoner Elektrizitätsarbeitern ist nicht allgemein. Die öffentlichen Dienste wurden bisher nicht gestört.

Eine spätere Meldung aus Zürich, 8. Febr., besagt: In London ist die Lage ernst. Schon den dritten Tag streiken die Arbeiter der Untergrundbahn, die den Betrieb eingestellt hat. Der Verkehr und die Arbeit in London erfahren durch den Stillstand der Untergrundbahn ernsthafte Störungen, wodurch unter der Bevölkerung Erbitterung entsteht. Man erwartet eine Ausdehnung des Streiks auf die Omnibus- und Straßenbahngesellschaften.

Sollen wir zugrunde gehen?

Vom Volksbeauftragten Rudolf Wissell.

Als einen Trümmerhaufen hinterließen uns die alten Machthaber unser Vaterland. Eineinhalb Millionen Tote, ungezählte Kriegsbeschädigte und Entkräftete, ungezählte Opfer der Unterernährung, eine aufs äußerste erschütterte Jugend, deren Folgen sich namentlich in der heranwachsenden Jugend zeigen, Arbeitsunlust und Entwöhnung von der Arbeit; das ist die Bilanz dieser Kriegsjahre.

Unsere Vorräte sind erschöpft; der Boden gibt nicht mehr, was er früher gab; die Industrie hat keine Rohstoffe, die Verkehrsmittel, Wagen und Lokomotiven sind nicht mehr leistungsfähig; es fehlt an Schiffsraum, um Rohstoffe und Lebensmittel über See herbeizuholen.

Unsere Volkswirtschaft lechzt nach Arbeit. Eisenbahnmaterial, Straßen, Häuser bedürfen der Erneuerung und Vergrößerung; die Landwirtschaft, von den Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern entblößt, verlangt nach heimischen Kräften. Viele Hunderttausende kann sie gebrauchen. Der Schiffsbau leidet an Arbeitermangel. Der Bergbau braucht Menschen. 15 Milliarden Mark schulden wir dem Auslande vom Kriege her. Für 30 Milliarden Mark brauchen wir Rohstoffe und Lebensmittel vom Auslande für das erste Friedensjahr. Der Ernst unserer wirtschaftlichen Lage ist weiten Kreisen des Landes noch nicht aufgegangen. Seit Monaten bewegen wir uns dem Abgrunde zu. Das künstlich durch die Notenpresse aufrechterhaltene Gebäude unserer Wirtschaft und unseres Kreditwesens droht, uns alle begrabend, zusammenzubrechen.

Täglich erleben wir neue Streiks, Demonstrationen, Unruhen und Unrast in den Massen, Millionen von Arbeitsstunden verlieren wir täglich. Das Volk lebt in einem Taumel. Es sieht nicht, daß nur eines allein uns retten kann: die Arbeit, die allein Werte schafft.

Schon wird das Ausland gegen uns mißtrauisch. In der Schweiz und in Dänemark sind unseren Großbanken die Kredite gekündigt worden. Ohne Waren als Gegengabe fehlt jede Möglichkeit, Rohstoffe und Lebensmittel vom Auslande zu erhalten. Der Ruf der deutschen Arbeit, der deutschen Tüchtigkeit und Intelligenz ist, wie alle Berichte, die wir aus dem Auslande täglich erhalten, schwer erschüttert. Mit Staunen hört man, daß deutsche Zuckerfabriken mangels Kohle und Arbeiter nicht in Betrieb sind, daß es überall an Kohlen fehlt, daß die Großstädte jeden Tag vor der Gefahr sich befinden, ohne Heizung, ohne Beleuchtung, ohne die elektrische Kraft der Maschinen dazustehen.

Und bei alledem in den Großstädten Hunderttausende von Arbeitslosen. Unzählige werden auf Grund der Erwerbslosenfürsorge mit verhältnismäßig hohen Summen unterstützt, Summen, die weit höher sind, als der Arbeitslohn von Angestellten und Arbeitern oder von diesem nur wenig übertroffen werden, so daß bei manchem der Ansporn fehlt, sich um Arbeit zu bemühen. Vielen fehlt die Erkenntnis des Ernstes unserer wirtschaftlichen Lage, ermangelt die rechte Freudigkeit, eine andere Arbeit auch dann als geeignet anzunehmen, wenn sie ihnen bisher ferngelegen hat. Sie können sich noch nicht aufraffen, sich noch nicht in den Zustand der eigenen Verantwortlichkeit des Volkes für das Gedeihen seiner Wirtschaft hineinfinden. Zu lange stand ihnen der Staat als Feind gegenüber. Jetzt trifft jeder Streik, jeder Arbeitsausfall das eigene Volk, die eigenen Brüder.

Heute müssen wir der Arbeiterschaft zurufen: nur die Arbeit kann uns vor dem unvermeidlichen wirtschaftlichen Zusammenbruche bewahren. Es darf nicht vorkommen, daß heute Arbeitermangel herrscht, es darf nicht dahin kommen, daß wir es gar bedauern müssen, daß der kapitalistische Zwang gebrochen ist, weil soziales Pflichtempfinden und Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der gesamten Arbeiterschaft nicht genügend zur Arbeit antreiben. Es darf nicht vorkommen, daß jede Arbeiterschicht, die mehr Lohn zu haben wünscht, die Arbeit einstellt und damit die wichtigsten Interessen der Gesamtheit gefährdet. Im alten Staate war der Streik das der sozialen Lage der Arbeiterschaft angemessene Kampfmittel; heute, unter einer sozialistischen Regierung, bei einer Nationalwahl, in der die Sozialisten fast die Mehrheit haben, bei Gemeindewahlen, die voraussichtlich in den Großstädten restlos den sozialistischen Parteien zum Siege verhelfen werden, muß an die Stelle des Streikes der Ausgleich treten. Was wir für das Völkerleben wünschen, die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, muß auch das Ziel der Arbeitsverfassung in der Industrie und in allen übrigen Gewerben sein.

Deutschland kann nur fortleben, wenn es das, was die Natur ihm gegeben, Kohle, Kali, Eisen, Erze, und das, was wir vom Auslande beziehen in verarbeiteter Form exportiert. Nur mit Waren können wir bezahlen, was das Ausland uns liefert. Unser Papiergeld nimmt uns jenseits der Grenzen niemand ab. Unser Geld spielt bei der Riesenmenge unseres Exportes keine Rolle. Können wir unsere Exportfähigkeit nicht wiedergewinnen, so stehen wir vor dem Zusammenbruch. Arbeit muß unser erstes und letztes Wort sein. Wer sich dem höchsten Gebote nicht fügt, versündigt sich am ganzen Volke. Arbeiter, die streiken, ohne ihre Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190208-19/fragment/page=0001

schwerden Schiedsgerichten zu unterwerfen, um ihre Klagen dem Urteil der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, sind keine Sozialisten.

Soll unser Wirtschaftsleben wieder gesunden, so müssen wir mehr arbeiten — wir arbeiten heute weniger.

Wir müssen billiger arbeiten — wir arbeiten teuerer.

Jeder Arbeiter trägt heute eine riesenhafte Verantwortung und er muß sich derselben bewußt sein.

Nur Arbeit kann uns retten, sonst brechen wir zusammen!

Hue über die Kohlennot.

Der bekannte Bergarbeiterführer Genosse Hue ist seit einigen Wochen als Reichskommissar für die Beobachtung der Kohlenförderung im Ruhrgebiet eingesetzt. Geftützt auf seine Beobachtungen, wendet er sich jetzt gegen die allgemein in der Presse vertretene Meinung, daß die gegenwärtige Kohlennot in der Hauptsache auf die vielen Streike der Bergleute im Ruhrrevier zurückzuführen sei.

Er verweist demgegenüber auf die Tatsache, daß jetzt im Ruhrkohlenrevier weit über eine Million Tonnen Kohlen lagern, die nicht abtransportiert werden können, weil es an Transportmitteln, vor allem an Lokomotiven fehlt. Im Ruhrrevier sei verhältnismäßig wenig gestreikt worden. Nur im Januar nahm dort die Arbeitseinstellung größeren Umfang an, aber auch da betrug die Höchstzahl der Streikenden nur 42 000 gegenüber einer Gesamtbelegschaft von etwa 390 000 Mann. Der Rückgang der Förderung erklärt sich in der Hauptsache aus Raubbau, der während des Krieges im Kohlenbergbau getrieben wurde. Das größte Uebel ist jetzt der Mangel an Transportmitteln.

Auf einzelnen Gruben im Ruhrgebiet müssen bereits Feierschichten eingelegt werden, weil alle Plätze überfüllt sind mit Kohlenvorräten, die nicht abtransportiert werden können. Die Spartakus-Anhänger verfügen im Ruhrgebiet nur über eine kleine Minderheit, aber sie bauschen ihre Erfolge gern auf, und die Zechenherren verbreiten gleichfalls übertriebene Berichte, um die Arbeiter in Mißkredit zu bringen.

Ganz anders liegt es in Oberschlesien. Dort sind die phantastischen Lohnforderungen nur der Vorwand für die großpolnisch-bolschewistische Streikbewegung. In Niederschlesien ist der Rückgang der Förderung nicht auf Lohnbewegungen, sondern darauf zurückzuführen, daß die Bergleute kein Schuhwerk und keine Kleidung bekommen können, abgesehen von den schlechten Ernährungsverhältnissen. Die Niederlausitz, die Berlin versorgt, ist am wenigsten von Streiken heimgesucht worden. Freilich kommen von dort in der Hauptsache nur Briketts für den Hausbrand, und die Industrie hat davon weniger Vorteil.

Viel schlimmer steht es in dem großen mitteldeutschen Braunkohlengebiet. Im Halleschen Bezirk sind die Spartakisten und „Unabhängigen" immerfort am „Sozialisieren". Mit Lohnerhöhungen wird man dort den Frieden nicht herstellen können. Es wäre schon außerordentlich viel gewonnen, wenn im mitteldeutschen Braunkohlenrevier ebenso gearbeitet würde wie im Ruhrgebiet.

Die gegenwärtige Kohlennot würde, so schließt Hue, sich beseitigen lassen, wenn es gelänge, die nötige Zahl von Lokomotiven und Eisenbahnwaggons für den Abtransport der im Ruhrgebiet lagernden Kohlenvorräte zu beschaffen. —

Tagesgeschichte.

Die Unabhängigen gegen die Einigung.

Die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion, ob die Unabhängigen bereit seien, unter Ablehnung ihrer Trutztaktik nach den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie an der Regierung mitzuwirken, ist von den Unabhängigen durch folgendes Schreiben ablehnend beantwortet worden:

„Auf Ihr Schreiben vom 5. Februar erwidern wir folgendes: Für die Fraktion der U. S. P. D. kommt der Eintritt in die Regierung solange nicht in Frage, bis die gegenwärtige Gewaltherrschaft beseitigt ist und bis die sämtlichen Mitglieder der Regierung nicht nur das Bekenntnis ablegen, sondern auch den entschlossenen Willen betätigen, die demokratischen und sozialistischen Errungenschaften der Revolution gegen die Bourgeoisie und gegen die Militärautokratie sicherzustellen.

Die Fraktion der U. S. P. D. Fritz Geyer."

Diese Sprache führen die Leute, die durch ihr unverantwortliches Treiben den bürgerlichen Parteien die Mehrheit verschafft haben, die nie ein Sterbenswörtchen gegen die wirkliche Gewaltherrschaft der Spartakisten zu sagen wagten, die durch ihr Kokettieren mit der bolschewistischen Anarchie die demokratischen und sozialistischen Errungenschaften der Revolution gefährdeten und täglich neu gefährden.

Der Fall zeigt aufs neue, wie duch und durch unehrlich die sogenannte „Einigungspolitik" der Unabhängigen ist. Die Einigung ist eine gute Sache, aber in ihrem Munde bedeutet sie doch stets nur eine Verwirrungsphrase. Die Einigung ist nur möglich, wenn die unabhängige Verhinderungstaktik gegen die Sozialdemokratie aufhört — oder aber wenn kein Arbeiter mehr auf sie hereinfällt.

Ein hereingelegter Unabhängiger.

Der Chef des Wilhelmshavener Sicherheitswesens beim 1er Rat, der Unabhängige Dorn, wollte bei einer Besprechung mit einem Beamtenstellvertreter diesem ein Ausweisformular zeigen, um damit zu beweisen, daß die Kommunisten gegen den Willen des 1er-Rates nach Wilhelmshaven gekommen seien. Dabei hatte er aber das Unglück, ein falsches Papier zu überreichen, aus dem zum Erstaunen des Beamtenstellvertreters ersichtlich war, daß es sich um ein Patent als Chef des Sicherheitswesens unter der zu gründenden kommunistischen Regierung für Herrn Dorn handelte, das von Dorn unterzeichnet war. Bis dahin hatte Dorn obstruiert, daß er die Kommunisten überhaupt nur kenne. Als er sah, was er angerichtet hatte, suchte er sich damit herauszureden, daß es ein Schelmmanöver sei, um die Kommunisten im gegebenen Augenblick abzufassen. Daraufhin wurde Dorn verhaftet. Dieser Vorfall ist nur einer der vielen Beweise für die innige Zusammengehörigkeit der Unabhängigen Sozialdemokratie mit jenen extremen Elementen, die sich bald Kommunisten, bald Spartakisten, bald Bolschewisten nennen. Man wird es darum der Oeffentlichkeit kaum verübeln können, wenn sie zwischen diesen Gruppen der Terroristen und der Unabhängigen Sozialdemokratie einen Unterschied nicht mehr zu machen vermag.

Die „Brutalisierung der Gemeinden".

Die bürgerlichen Parteien erheben ein Mordgeschrei über die Verfügung der Regierung, die Gemeindewahlen auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts der Männer und Frauen in ganz Preußen anordnet. Sie behaupten, das sei gesetzwidrig, das sei eine brutale Vergewaltigung der Gemeinden.

Wir verstehen den Schmerz der Kapitalistenclique, die bisher in den Kommunen geherrscht haben und nunmehr abtreten müssen. Aber wir begreifen nicht, daß Parteien, die sich demokratisch nennen, so unverschämt sind, gegen die gleiche Wahl aufzugehren. Die tiefste Tatsache der Revolution hat alle Privilegienwahlrechte in Deutschland unmöglich gemacht, und wenn jetzt in den Gemeinden geschieht, was vorher im Reiche und in Preußen geschah, die Erneuerung der Vertretungskörper nach dem demokratischsten Wahlrecht der Welt, so ist das nur die unabweisbare Konsequenz des Sturzes der alten Gewaltherrschaften. Wer deshalb Unrecht empfindet, zeigt damit nur, daß er ein heimlicher Feind der Volksfreiheit ist. Und es ist nicht übel für den Wahlausgang, daß sich die „Demokraten" so frühzeitig demaskiert haben.

Rätesystem und berufsständische Wahlen.

Schon wiederholt haben wir auf die verdächtige Aehnlichkeit zwischen dem russischen Sowjetsystem und dem „berufsständischen Wahlsystem", dem Ideal der Reaktionäre, hingewiesen. Jetzt bringt die neue von linksunabhängiger Seite begründete Zeitschrift „Der A. Leiterrat" das fröhliche Geständnis, daß es sich wirklich um nichts anderes handelt als um die Verwirklichung des reaktionären Ideals von der anderen Seite her. Das Blatt erklärt in seinem programmatischen Einführungsartikel:

Die proletarische Betriebsmacht darf nicht zur Partei-Ohnmacht verurteilt werden. Die Fortsetzung des Arbeiterrats ist nicht der Parteirat. Dem Arbeiterrat folgt vielmehr der Verwaltungsrat. Wenn die Betriebe mit sozialistischem Geiste erfüllt sind, muß er auch in die Verwaltung Einzug halten, um den Kapitalismus jeglicher Herrschermacht zu entleiden.

Berufsständische Wahlen bis ebenhinauf: Die Arbeiterräte wählen den Gemeinderat, die Gemeinderäte den Landrat, die Landräte den Provinzialrat, die Provinzialräte den Staatsrat, die Staatsräte den Zentralrat . . . . Das ist proletarische Machtpolitik! So nur gelangen wir zu einer wirklichen sozialistischen Republik!

Die gegebene Vereinigungsform für das Räte-System ist somit nicht die Partei, sondern das Kartell. In diesem Sinne erstrebt der „Arbeiter-Rat" ein „Deutsches sozialistisches Kartell" (D. S. K., Desko). Nur das D. S. K. kann dem Gesamtwillen der Arbeiter- und Verwaltungsräte Deutschlands machtvollen Ausdruck verleihen.

Die „berufsständischen Wahlen" sind ein mittelalterliches Ideal, mit ihnen würde der alte Geist des Ständewesens wieder seinen Einzug halten. Das ist der größte Fortschritt moderner Staatsauffassung, daß sie das Gesamtvolk als Träger des Staatswillens erkennt, daß der demokratische Staat liefert ein tragfähiges Fundament für die sozialistische Wirtschaftsordnung. „Berufsständische Wahlen" bedeuten Zersplitterung, Desorganisieren, Anarchie, Mittelalter, Reaktion, alles, nur nicht Sozialismus!

Die Lebensmittelbelieferung Deutschlands.

Konsul [illegible] amerikanische Lebensmittelkontrolleur Magnus Swenson, dem die Verteilung der amerikanischen Lebensmittel für die nordrheinischen und baltischen Länder übertragen wurde, erklärt bezüglich der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln den hiesigen Journalisten, Amerika könne Deutschland ohne Zustimmung der Entente keine Lebensmittel liefern. In Amerika habe man die Auffassung, daß die Lebensmittelnot in Deutschland zum Teil auf unzureichende Verteilung der Lebensmittel zurückzuführen sei. Das Land sei nicht von Verräten entblößt. Die Reichen könnten sich genügend Lebensmittel verschaffen, nur die ärmeren Bevölkerungsklassen müßten hungern. Diese Zustände müßten geändert werden. Daß Deutschland schließlich Lebensmittelzufuhren erhalten werde, sah Swenson für sicher an, da Amerika einsehe, daß Deutschland sonst vollständig dem Bolschewismus überliefert werde.

Die Bewegung im Reiche.

Bremen.

Nach kleineren Kämpfen ist auch der Hafen von Bremen von den Regierungstruppen besetzt worden. Die Verluste der Dienstagskämpfe beziffern sich nach einer Meldung der Telegraphen-Union auf 29 Tote und 97 Verwundete. Die Bremerhavener Truppen, die zur Unterstützung der Bremer Spartakisten nach Bremen geschickt worden waren, erhielten den Befehl der Ausführung und beschlossen, künftig der jetzigen Aufbrauchung des Bremerhavener Soldatenrates keine Folge mehr zu leisten. Daraufhin beschloß sofort auch der Arbeiterrat, auf dessen Veranlassung überall in Bremerhaven die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Vor neuen Ereignissen in Hamburg?

Hamburg. Wie der Telegraphen-Union mitgeteilt wird, deuten die Bewegungen der Hamburger Arbeiterschaft darauf hin, daß sich wahrscheinlich neue Ereignisse vorbereiten. Es wird der Versuch gemacht, die Arbeiter aller sozialistischen Richtungen zu bewaffnen. Weitere Eingeheiten sind darüber aber bis zur Stunde noch nicht zu erfahren. Hamburg ist von jeder Telephon- und Telegraphenverbindung mit Bremen und Bremerhaven abgeschnitten. Nach hier aus Kiel und Lübeck vorliegenden Nachrichten ist in beiden Orten die Ruhe wieder hergestellt.

Lübeck.

Nachdem die Garnison Lübeck bereits in der Nacht zum Mittwoch abgelehnt hatte, sich vom Soldatenrate zum Kampfe gegen die Regierungstruppen in Bremen und Hamburg verwenden zu lassen, hat nunmehr auch die republikanische Volkswehr einmütig erklärt, die Politik des Soldatenrats nicht mitzumachen. Einstimmig wurde eine Erklärung angenommen, daß die Truppen fest hinter der Reichsregierung stehen.

Beendigung des Streiks in Düsseldorf.

Düsseldorf. Die Arbeiter und Beamten der Post, Eisenbahn, Telegraphen- und städtischen Betriebe haben, nachdem erfolgversprechende Verhandlungen in die Wege geleitet sind, die Arbeit wieder aufgenommen. Die Versuche der Spartakisten, durch Streikbrechertruppen die Betriebe in Tätigkeit zu setzen, erlitten ein völliges Fiasko. Der einzige Erfolg ist, daß in verschiedenen Betrieben Reparaturen vorgenommen werden müssen. So mußten die Spartakisten klein beigeben.

Unabhängige, Polengefahr und Heeresreform.

Solange es eine Sozialdemokratie gibt, solange gibt es eine Organisation, die entschieden und rücksichtslos den Kampf gegen den Militarismus und den Krieg führt. Was Krieg heißt, hat die Welt in den letzten 4½ Jahren schaudernd erlebt. Niemand sehnt sich wieder nach ihm zurück. Jeder wird sein Bestes dafür hergeben, den Krieg für immer aus der Welt zu schaffen.

Es gibt aber auch hier, wie in allen andern Dingen, zwei Seiten. Kein Mensch wird es sich gefallen lassen, daß ihm sein Nachbar ein Stück seines Eigentums nach dem andern fortnimmt. Ge-

Die Geschichte zweier Städte.

(8) Roman von Charles Dickens.

Soweit also Miß, wie Sie richtig bemerkt haben, wäre dies die Geschichte Ihres vielbeklagten Vaters. Aber jetzt kommt der Unterschied. Wenn Ihr Vater nicht gestorben wäre, als er starb — erschrecken Sie nicht! Wie Sie auffahren!"

Sie fuhr in der Tat auf. Und sie faßte seine Hand mit ihren beiden Händen krampfhaft.

„Bitte," sagte Mr. Lorry in besänftigendem Tone, indem seine linke Hand die Stuhllehne losließ und sich auf die bittenden Finger legte, die sich so heftig zitternd an ihn anklammerten. „Bitte, beruhigen Sie sich — eine reine Geschäftssache — wie ich eben sagte."

Der Ausdruck ihres Blickes brachte ihn so außer Fassung, daß er inne hielt und erst nach einer verlegenen Pause wieder anfing:

„Wie ich eben sagte — wenn Monsieur Manette nicht gestorben wäre, wenn er plötzlich und spurlos verschwunden wäre, wenn man ihn entführt hätte, wenn es schwer gewesen wäre, zu erraten, nach welchem schrecklichen Ort, obgleich der größte Scharfsinn keine Spur von ihm entdecken konnte, wenn er unter seinen Landsleuten irgendeinen Feind hatte, der ein Vorrecht ausüben konnte, von dem zu meiner Zeit die tühnsten Leute brüden kaum in einem Flüstern zu sprechen wagten — z. B. das Vorrecht, unterzeichnete Verhaftsbefehle mit jedem Namen nach Belieben auszufüllen und den so Verhafteten auf jede beliebige Zeit der Vergessenheit eines Kerkers anheimzugeben; wenn seine Frau den König, die Königin, den Hof, die Geistlichkeit um Nachrichten von ihm angefleht hätte und alles vergeblich; — dann wäre die Geschichte Ihres Vaters die Geschichte dieses unglücklichen Herrn, des Arztes von Beauvais."

„Ich bitte Sie angelegentlichst, mir mehr zu sagen, Sir."

„Ich werde gleich fortfahren. Können Sie es ertragen?"

„Ich kann alles eher ertragen, als die Ungewißheit, in der Sie mich jetzt lassen."

„Sie sprechen gefaßt und Sie sind wirklich gefaßt. Das ist gut!" sagte er, ängstlich sich in seinen Worten viel mehr Beruhigung aussprach, als in seinen Mienen. „Eine reine Geschäftssache. Betrachten Sie es als eine reine Geschäftssache — als eine Sache, die abgewickelt werden muß. Wenn die Gattin dieses Arztes, obgleich eine Dame von großem Mute und starkem Charakter, unter diesem Unglück so schwer gelitten hätte, ehe ihr Kind geboren ward —"

„Das Kind war eine Tochter, Sir."

„Eine Tochter. Eine — eine reine Geschäftssache. Beunruhigen Sie sich nicht, Miß, wenn die arme Dame vor der Geburt ihres Kindes so schwer gelitten hätte, daß sie zu dem Entschlusse kam, das arme Kind mit der Erbschaft nur des kleinsten Teils der Folter zu verschonen, deren Qual sie gelannt hatte, indem sie die Tochter in ihrem Glauben erzog, ihr Vater sei gestorben — nein, seien Sie nicht! In des Himmels Namen, knien Sie nicht vor mir."

„Die Wahrheit. O guter, lieber Herr, wenn Sie ein Herz haben, die Wahrheit!"

„— reine Geschäftssache. Sie bringen mich ganz in Verwirrung, und wie kann ich eine Geschäftssache verhandeln, wenn ich in Verwirrung bin? Wir müssen ruhig und tatkräftig bleiben. Wenn Sie z. B. jetzt gütigst sagen wollten, wieviel neun mal neun Pence sind oder wieviel Schillinge zwanzig Guinen geben, so würde das für mich sehr erfreulich sein. Ich würde dann viel ruhiger sein über Ihren Gemütszustand."

Ohne unmittelbar diese Ansprache zu beantworten, saß sie so still, als er sie sehr sanft aufgehoben hatte, und die Hände, die immer noch krampfhaft die seinigen umklammerten, zitterten so viel weniger als vorhin, daß sich Mr. Jarvis Lorry etwas beruhigter fühlte.

„So ist's recht, so ist's recht. Mut! Geschäft! Sie haben ein Geschäft zu verrichten; ein nützliches Geschäft. Miß Manette, Ihre Mutter machte das so mit Ihnen. Und als sie starb — ich glaube an gebrochenem Herzen — nachdem sie müde geworden war, ihre vergeblichen Nachforschungen nach Ihrem Vater fortzusetzen, hob sie Sie, ein zweijähriges Kind zurück, daß Sie zu einer blühenden, schönen und glücklichen Jungfrau heranwüchsen, ohne die düstere Sorge, in beständiger Ungewißheit zu leben, ob Ihr Vater bald im Gefängnis verkümmerte oder lange, lange Jahre traurig dahinsiechte."

Wie er diese Worte sprach, blickte er mit bewundernden Mitleid auf das reiche goldene Haar herab, als ob er bei sich dächte daß es schon mit Gram durchgraut sein könnte. „Sie wissen, daß Ihre Eltern nicht sehr reich waren und daß das, was sie hatten, Ihrer Mutter und Ihnen gesichert wurde. Geld oder anderes Vermögen ist nicht entdeckt worden, aber —"

Er fühlte, daß sich die Händchen krampfhafter schlossen und hielt inne. Der Ausdruck auf der Stirn, der seine Aufmerksamkeit so sehr auf sich gezogen hatte, hatte sich zu einem Ausdruck der Seelenqual und des Schreckens vertieft.

„Aber er — er ist gefunden worden. Er lebt. Sehr verändert, wie nur zu wahrscheinlich ist; möglicherweise nur ein trauriger Rest von dem, was er war, obgleich wir das beste hoffen wollen. Aber er lebt doch noch. Ihr Vater hat eine Zuflucht in dem Hause eines alten Dieners in Paris gefunden, und dorthin gehen wir; ich, um ihn womöglich zu identifizieren, Sie, um ihn dem Leben, der Liebe, der häuslichen Pflege und dem häuslichen Glück wiederzugeben."

Ein Schauer überlief ihren Körper und ging auf ihn über. Sie sagte mit leiser, deutlicher, von feierlichem Grauen gedämpfter Stimme, als ob sie es in einem Traume sagte:

„Ich soll seinen Geist sehen! Es wird sein Geist sein — nicht er selbst!"

Mr. Lorry streichelte in stiller Fassung die Hände, die sich an seinen Arm klammerten. „So, so. Nur ruhig, nur ruhig! Sie wissen jetzt das Beste und das Schlimmste. Sie sind auf dem Wege zu dem armen Tröster, und bei glücklicher See- und Landreise werden Sie bald an seiner geliebten Seite sein."

Sie wiederholte mit derselben, von feierlichem Grauen gedämpften Stimme: „Ich bin frei, ich bin glücklich gewesen, aber sein Geist hat mich nie heimgesucht!"

„Nur noch eins," sagte Mr. Lorry, mit besonderem Nachdruck, um damit in wohltuender Weise ihre Aufmerksamkeit auf etwas anderes zu lenken; „man hat ihn unter einem andern Namen gefunden, sein eigener ist seit langer Zeit vergessen oder verborgen gehalten worden. Es wäre schlimmer als nutzlos, danach zu forschen, schlimmer als nutzlos, zu fragen, ob er selbst seit Jahren vergessen oder absichtlich als Gefangener festgehalten wurde. Es wäre schlimmer als nutzlos, jetzt überhaupt Nachforschungen anzustellen, weil es gefährlich wäre. Besser kein Wort weiter von der Sache zu sagen und ihn wenigstens auf einige Zeit aus Frankreich zu entfernen. Selbst ich, so sicher ich als ein Engländer bin und selbst Tellson, so wichtig sie für den französischen Kredit sind, vermeiden, die Sache nur mit einem Worte zu erwähnen. Ich habe auch kein Zettelchen bei mir, nichts Schriftliches, was sich darauf bezieht. Es ist ganz und gar eine Sendung im geheimen Dienst. Beim Beglaubigungsschreiben, Notizen und Aufzeichnungen sind alle in der einen Zeile zusammengefaßt „Wiederauferstanden"; was sonst wer weiß was sagen kann. Aber was ist das? Sie hört kein Wort! Miß Manette!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190208-19/fragment/page=0002

nun so verhält es sich unter den Völkern. Die Sozialdemokratie in keinem Staate wird daher ihrem Volke die Mittel zur Verteidigung verweigern. Vielmehr wird sie alle ihre Kraft daran setzen ihr Land so stark zu machen, daß es sich mit Erfolg gegen Fremde Angreifer wehren kann. Darum tritt die Sozialdemokratie dafür ein, daß jeder gesunde Mann eine kurze militärische Ausbildung erhält, daß schon die Jugend durch zweckmäßige Leibesübungen zur Wehrfähigkeit erzogen wird. Dieser Standpunkt verträgt sich sehr gut mit der Lehre des Sozialismus, ist durchaus sozialistisch.

Gegenwärtig ist unser Heer in der Demobilmachung begriffen, unser wirtschaftliches Leben liegt darnieder, wir wissen nicht, wo wir zuerst den Hebel ansetzen sollen, um die Not zu lindern und unserm kranken Lande neue Kräfte zuzuführen. Diesen Augenblick halten die Polen für gekommen, ihrem wilden Chauvinismus freien Lauf zu lassen. Unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker überschreiten sie die deutsche Grenze, besetzen eine Ortschaft nach der andern und führen einen rücksichtslosen Kampf gegen alles Deutsche.

Im Anfang dieser Bewegung war es der Regierung leider nicht möglich, die notwendigen Gegenmaßregeln zu ergreifen. Erst allmählich gelang es ein Freiwilligenheer zu schaffen, das stark genug war, dem Vormarsch der Polen Einhalt zu gebieten. Die Orsen, die sich zur Verfügung stellten, waren die Angehörigen des während der Berliner Spartakuswoche entstandenen sozialdemokratischen Helferdienstes. Hier bewiesen Sozialdemokraten, daß die Schreiberei der bürgerlichen Presse, die Sozialdemokraten reden und handeln nicht, eitel Lüge und Verleumdung sind. Mit ihrem Leben treten die Braven getreu ihrer Ueberzeugung für die deutsche Heimat ein. Jeder, der das deutsche Volk nicht zum Gespött der Welt und unter Land zum Spielball verrückt gewordener Chauvinisten werden lassen will, wird diese Verteidigungsaktion billigen.

Nur die Unabhängigen messen hier wieder mit zweierlei Maß. Während sie ihren russischen bolschewistischen Freunden das Recht zugestehen, gegen die Deutschen, die noch in Rußland stehen, mit Waffengewalt vorzugehen, toben sie, weil die deutsche Regierung eine gewaltsame Annektion deutschen Bodens durch die Polen mit Waffengewalt zu verhindern sucht.

Die Unabhängigen wollen aber das Heer erst reorganisieren. Wie stellen sich denn diese Herren eigentlich in diesem Augenblick die Reorganisierung des Heeres vor? Zunächst müßten einmal die dreimal verhaßten Epauletten und ihre Träger fort, und dann die Disziplin. Führer muß es aber immer geben. Wollte man sich zwar ein Beispiel an den Unabhängigen nehmen, dann könnte man raten, keine Führer zu schaffen, denn die U. S. P. D. schwankt trotz ihrer Führer hin und her und weiß nicht wohin. Nun wird man einwenden, wir wollen wohl Führer, aber nicht diese, wir wollen sie uns selbst wählen. Jeder Sozialdemokrat wird diese Forderung unterschreiben. Dazu bedarf es aber wieder ganz anderer Voraussetzungen. Würden wir im Frieden leben, dann könnten wir in Ruhe an den Neuaufbau unseres Heeres gehen, dann könnten wir seine tüchtigsten Angehörigen den andern zur Wahl als Führer vorschlagen, wir könnten ihnen dann eine Ausbildung in der Kunst der Kriegsführung angedeihen lassen und uns so einen kriegstüchtigen Führerstamm schaffen. Würden wir heute, da der Feind tief im Lande steht, so handeln, so wären wir verloren. Selbst die Unabhängigen werden zugesehen müssen, daß man nicht irgend einen Menschen nur deshalb, weil er bei seinen Kameraden Vertrauen genießt, zum Führer einer kämpfenden Truppe machen kann.

Damit die Offiziere aber keine politischen Dummheiten machen und die Truppe nicht zu gegenrevolutionären Zwecken mißbraucht wird, wählt die Truppe einen Soldatenrat, der die, sagen wir einmal, parlamentarische Kontrolle ausübt.

Und dann die Disziplin! Jeder, der Soldat war, weiß es, und hat es hundertmal gesehen; ohne Disziplin geht es nicht. Disziplin muß sein — aber kein Kadavergehorsam. Darüber zu wachen ist wieder Sache des Soldatenrates.

Die Forderungen der Soldaten mögen berechtigt sein oder nicht, aber ebensowenig wie man über Nacht die ganze Industrie während einer furchtbaren wirtschaftlichen Krise sozialisieren kann, ebensowenig kann man plötzlich und auf einen Schlag einen so feinen Mechanismus wie das Heerwesen, jetzt so reformieren, wie es ein Teil der Soldatenräte und die Unabhängigen verlangen. Diese Reformer lassen sich nur auf einem Wege durchführen: Wir müßten das ganze Heer auflösen und nach Hause schicken und dann an den Aufbau der Volkswehr gehen. Das ist aber zur Zeit wegen der Polengefahr nicht möglich. Jetzt gebrauchen wir disziplinierte Truppen, keine Zwangsbataillone, sondern Freiwillige, die den Polen nicht nur ihre Waffen, sondern auch ein Vorbild entgegensetzen haben, wenn sie siegen wollen. — Frei nach der „Freiheit" sagen wir von den Tapferen, die zum Schutze der Ostmark gereiht sind: „Ihre tapfere Haltung verdient Nachahmung. Wenn alle Truppenteile die gleiche Energie an den Tag legen, werden sich die polnischen Chauvinisten bald den Kopf einrennen."

Lokales und Provinzielles.

Halle, 8. Februar 1919.

Die Hetze gegen die Arbeitslosen.

Man erzählt sich jetzt gerade in solchen Kreisen, wo vom Kriegsnot und Entbehrung noch nichts zu bemerken ist, viel Wundergeschichten von dem „herrlichen Leben" der Arbeitslosen. Danach sind die Arbeitslosen die beneidenswertesten und glücklichsten Menschen, und für einen Kommerzienrat dürfte es eigentlich kein andres Ziel geben, als ein richtiger Arbeitslosigkeit mit Unterstützungsberechtigung zu werden. Für Arbeitslose ist selbstverständlich auch kein Grund mehr vorhanden, Arbeit zu suchen, denn ihre riesige Unterstützung sichert ihnen ja ein bequemes Herrenleben.

Durch die bürgerliche Presse geht folgende Geschichte, die ungefähr erkennen läßt, welcher Unsinn schon produziert wurde:

Der Leiter eines großen Industrieunternehmens im Osten von Berlin teilt folgende selbsterlebte Geschichte mit: Neulich kam ein älterer Arbeiter zu ihm, erklärte, daß er die Arbeit einstellen wolle, und verlangte seine Papiere. Nach dem Grunde befragt, sagte er: „Für drei Mark die Woche kann ich nicht arbeiten!" „Aber Sie verdienen doch nicht drei Mark. Sie bekommen doch jetzt 105 Mark die Woche!" „Das ist schon richtig und ist ja auch ganz schön, aber sehen Sie mal, Herr Direktor, wenn ich nicht arbeite — er rechnete das vor —, bekomme ich mit Frau und Kindern 192 Mark Arbeitslosenunterstützung. Daher kann ich scheene zu Hause bleiben und mir von der Olten Kaffee kochen lassen. Drei ist jor lumpige 3 Mark die Woche arbeete, mir in die Elektrische drängeln lange und de Schuhsohlen verloose, det kann keen Mensch verlangen. Er nahm seine Papiere an sich und genießt hinfort den Segen unserer revolutionszeitlichen Arbeitslosenunterstützung.

In Halle werden folgende Sätze pro Tag an Arbeitslose gezahlt: 5,20 Mk. für den Mann, 1 Mk. für jeden Familienangehörigen. Die Herrschaften, die über die „hohe" Unterstützung zetern, mögen einmal versuchen, mit dieser Summe zu wirtschaften. Es darf nicht vergessen werden, daß auch Arbeitslose Schuhwerk und Kleidung brauchen und nicht von der Luft leben können. Man hat es ganz in der Ordnung gefunden, daß die Preise für Lebensmittel bis zur 10- und 20fachen Höhe der Friedenspreise getrieben wurden. Und als Milliarden über Milliarden für das Morden im großen ausgegeben wurden, schrieb man von „großer Zeit". Jetzt, wo einiges Geld ausgegeben werden muß, um Arbeitslose und Kinder über eine böse Uebergangszeit hinwegzubringen, nimmt das Jammern über diese „Faulenzerprämie" kein Ende. Stumpfe Einsichtslosigkeit und Heuchelei halten sich hier die Wage.

Eine Selbstverständlichkeit ist, daß jetzt Arbeit geleistet werden muß. Das sehen auch die meisten Arbeitslosen ein. Aber so lange, bis die Produktion wieder organisiert ist, müssen die gezwungenermaßen Feiernden unterstützt werden. Wenn mit mehr Aufregung als Vernunft geschrieen wird: die Arbeiter sollen nur nach den Kohlengruben gehen, dann ist damit allein nichts geholfen. Nicht jeder Arbeitslose kann Grubenarbeit verrichten. Vielen mangelt es auch an der notwendigen Kleidung. Außerdem bestanden noch andere Hinderungsgründe.

Man sollte sich einmal angewöhnen, in der Arbeitslosenfrage etwas ruhiger und gerechter zu urteilen. Das blöde Hetzen auf die Arbeitslosen führt zu nichts, es schadet nur. —

---

* **Tagesordnung** für die Sitzung der Stadtverordneten in Halle am Montag, den 10. Februar 1919, nachmittags 4 Uhr. Oeffentliche Sitzung: 1 Wahl von Mitgliedern der Einkommensteuer-Veranlagungskommission; 2. Wahl von Beisitzern und Stellvertretern für Stadtverordnetenwahlen; 3. Errichtung eines Straßenbahnhofs; 4 Verfestigung der Mittel für Straßenpflasterungen; 5. Landerwerb am Anger-weg; 6. Erneuerung und Ergänzung von Gas- und Wasserrohrleitungen; 7. Zahlung an den Arbeiterrat; 8 Mittelbewilligung für Veröffentlichungen des Wohnungsamts. Nichtöffentliche Sitzung: 9./11. Annahme von Kapitalien für Krankpflege, 12. Pensionierung eines Beamten; 13. Anstellung eines Beamten; 14. Regelung eines Dienstverhältnisses; 15. Anstellung eines Handelslehrers.

* **Aufklärungsvortrag des Soldatenrates.** Montag abend veranstaltet der Soldatenrat eine Versammlung, in der Kamerad Herbert Berger-Berlin einen Aufklärungsvortrag über Sozialismus oder Bolschewismus halten wird. Nach dem Vortrage findet freie Aussprache statt.

* **Klagen der landwirtschaftlichen Arbeitsnachweise über die Landwirte.** Die landwirtschaftlichen Arbeitsnachweise führen noch immer Klagen darüber, daß die Landwirte, die offene Stellen angemeldet haben, auf schriftliche Rückfrage der Arbeitsnachweise, ob diese Stellen noch frei sind, oder welches die Lohn- u. Arbeitsbedingungen sind, nicht antworten. Es ist dann zu einem nicht geringen Teil Schuld der Landwirte selbst, wenn ihnen nicht geeignete Arbeitskräfte zugeführt werden können. Es ist dringend nötig, daß die Landwirte in dieser Richtung sündige Fühlung mit den Arbeitsnachweisen behalten. Ebenso müssen die Landwirte endlich der Tatsache Rechnung tragen, daß mit einem Bezug ausländischer Arbeiter im Frühjahr nicht zu rechnen ist und daß sie daher ihre Abreisung gegen die Einstellung der aus der Stadt kommenden Arbeiter überwinden müssen. Ebenso sind die gewerblichen Arbeitsnachweise, die nach auswärts Arbeitsgelegenheit melden, meistens nicht in der Lage, auf Anfrage hin Auskunft über Lage, Verpflegung und Unterkunftsmöglichkeiten zu geben. Gerade die beiden letzten Punkte sind aber bei Vermittlungen nach auswärts von ausschlaggebender Bedeutung. Die Arbeitsnachweise, die offene Stellen melden, müssen sich darum über Lohnsätze, Verpflegungsmöglichkeiten usw. vorher genau unterrichten, um jederzeit in der Lage zu sein, darüber Auskunft zu geben.

* **Warnung.** In der Nacht vom 4. zum 5. d. M. ist der Dienststempel des Sicherheitsregiments Halle 3, Kompagnie abhanden gekommen, und wird mit heutigem Tage für ungültig erklärt. Der Wortlaut dieses Dienststempels ist: Soldatenrat u. Arbeiterrat Halle a. S. Sicherheitsregiment 3. (Marine-) Komp. Alle nach dem 5. d. M. mit diesem Stempel versehenen Ausweise usw. sind ungültig. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Sicherheitsregiment Halle, gez. Dietz.

* **Die Armbinde** Nr. 970 des Sicherheitsregiments Halle ist verloren gegangen. Vor Mißbrauch derselben wird gewarnt! Abzugeben: Weltiner Hof, Zimmer 23. Sicherheitsregiment, gez. Ferchland.

* **Erwischte Diebe.** Ein Knabe bezeichnete in der Herrenstraße einer Militärpatrouille zwei Männer, die Kleidungsstücke, in Tücher verpackt, mit sich führten, als Diebe. Die Patrouille nahm die Verfolgung sofort auf und stellte die Männer an der Lilienstraße. Einer der Männer warf sein Paket weg und ergriff die Flucht. Da er auf Anruf nicht stand, schoß einer der Soldaten auf ihn, ohne jedoch zu treffen. Der zweite Mann wurde mit sämtlichen gestohlenen Sachen der nächsten Sicherheitswache zugeführt.

Kellereinbruch. In der Nacht zum Freitag wurden zwei Keller eines in der Goethestr. belegenen Grundstücks erbrochen und aus ihnen Kohlen und Kartoffeln im Gesamtwerte von etwa 20 Mk. gestohlen. Die Täter entkamen unerkannt.

5 Pfund Kartoffeln gibt es in der Woche vom 10. bis 16. Februar auf Marke 33 der neuen braunen Kartoffelkarte, bzw. können in Haushaltungen, Anstalten usw., die mit Kartoffeln versorgt sind, verbraucht werden. Zur Verteilung gelangen außerdem noch für jede Person des Haushaltes ¼ Pfund Graupen und ein halbes Pfund Kunsthonig. Der Verkauf wird durch besondere Bekanntmachung noch näher geregelt werden.

Bezugsscheine auf Hemdenstoff werden vorläufig in den Bezugsscheinstellen nicht mehr ausgefertigt, da die Vorräte nahezu verbraucht sind.

Städtischer Verkauf von Puddingpulver in der Talamtschule am Montag für die Lebensmittelscheine 1—8 000 vormittags von 8—12 Uhr und 8 001—16 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person ein Paket zum Preise von 40 Pfg.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, am Montag und Dienstag, bei den von ihnen gewählten Großhändlern, den in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Kunsthonig abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Das Platzkonzert findet am Sonntag, den 9. Februar, mittags, von der Kapelle des Füsilier-Regiments 36, auf dem Friedrichsplatz statt. Leitung: O. Heupt. Vortragsfolge: 1. Einzug der Gladiatoren, Marsch von Fucik; 2. Ouvertüre z. Opette: „Orpheus in der Unterwelt", von Offenbach; 3. „Der verklungene Ton", von Sullivan; 4. Gr. Potpourri a. d. Opette: „Das Dreimädelhaus", von Berte; 5. „Rasch wie der Blitz", Galopp, von Müller.

Gewerkschaftliches.

Der zehnte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands

wird von der Generalkommission, einem Beschluß der Vorständekonferenz vom 2. Februar entsprechend, auf Montag, den 30. Juni 1919, nach Nürnberg einberufen. Auf der Tagesordnung stehen außer der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten und dem Bericht der Generalkommission noch folgende Tagesordnungspunkte: Beratung vorliegender Anträge; die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands; Beratung des Organisationsstatuts des Bundes der Gewerkschaften Deutschlands; die Sozialisierung der Industrie und der Landwirtschaft. — Die Vertretung auf dem Kongreß regelt sich nach den vom Münchener Gewerkschaftskongreß beschlossenen Bestimmungen. Anträge, die mindestens von einer Ortsverwaltung oder dem Zentralvorstand einer angeschlossenen Gewerkschaft unterstützt werden, sind bis zum 5. Mai 1919 an die Generalkommission einzusenden.

Parteinachrichten.

Das Wiedererscheinen der Bergischen Arbeiterstimme und Bergischen Volksstimme

in Solingen und Remscheid ist jetzt nach fast 14tägigem Verbot durch die britische Behörde genehmigt worden. Es ist jedoch den Genossen Jakob Knoth, Otto Geldmacher und Hugo Schaal die ausschließliche Verantwortung für den Gesamtinhalt beider Zeitungen auferlegt worden. Die bisherige Redaktion der Bergischen Arbeiterstimme wird entlassen. Als leitender Redakteur tritt Dr. August Erdmann ein, der die Zeitungen in rein sozialdemokratischem Sinne leiten wird, mit dem Ziel, die Wiedervereinigung der sozialistischen Gruppen, unter Ausschaltung der Spartakusbundes und sonstiger extremsozialistischer Elemente zu fördern. Vorstand, Aufsichtsrat und Preßkommission der Bergischen Arbeiterstimme haben zu diesen Bedingungen einmütig ihre Zustimmung gegeben.

Soziales.

Die Tuberkulose der jugendlichen Arbeiter.

Die Tuberkulosesterblichkeit weist zwischen dem 15. und 20. Lebensjahre einen starken Anstieg auf. Wie Dr. Teleckn in der Gesellschaft der Aerzte in Wien ausführte, wird diese Sterblichkeit in hohem Maße bedingt durch den Eintritt in den Beruf mit seinen Arbeitsschädlichkeiten. Von den einzelnen Berufsarten sind an dieser Sterblichkeit die Schumacher und Schneider besonders beteiligt, dann kommen die Töpfer und Messerschmiede, da sie unter dem Staub sehr zu leiden haben. Es geht also im besten Sinne um die Zukunft des Volkes, wenn wir die Arbeitsverhältnisse von Grund auf zu ändern suchen.

Letzte Nachrichten.

Belagerungszustand in Kiel.

Berlin, 8. Februar. Ueber **Kiel** ist laut verschiedenen Blättern gestern abend der Belagerungszustand verhängt worden. Der Bahnhof wurde Freitag nachmittag wieder geschlossen. Die Hochbrücken über den Kaiser-Wilhelm-Kanal, die von Spartakisten besetzt waren, sind wieder frei. Die Macht der Spartakisten scheint gebrochen zu sein.

Die Kämpfe in Posen.

Rawitsch, 7. Februar. Der deutsche Volksrat veröffentlicht folgenden Gefechtsbericht des Abschnittkommandeurs:

Am 6. Februar um 5 Uhr nachmittags griff der Feind Friedrichsweiler erneut an. Durch die Volkswehr Friedrichsweiler und Teile der Garnisonkompagnie Rawitsch wurde er abgewiesen. Es gelang ihm nur, den Kirchhof zu besetzen. Abends beschossen wir den sehr lebhaften feindlichen Verkehr bei Gründorf und Wydawy. Die Nacht war ruhig. Am Vormittage des 7. Februar gingen Jäger mit Begleitbatterien, die Sarner Bürgerwehr und Pioniere unter kräftiger Unterstützung der übrigen Artillerie zum Angriff auf Sarne vor. Kirchhof, Friedrichsweiler, Karlsruhe und Vorwerk Folusz wurden genommen. Um 12 Uhr mittags war die Stadt Sarne und Sarnowsko wieder in unserer Hand. Die beiden aus Lissa zur Unterstützung geschickten Panzerzüge haben hervorragenden Anteil an der Wiedereroberung. Flieger aus Lissa beteiligten sich am Kampfe.

Der Bolschewismus in England.

Der „Secolo" meldet aus London: Es besteht kein Zweifel mehr darüber, daß die umfangreichen Arbeiterkundgebungen in englischen Städten auf bolschewistische Umtriebe zurückzuführen sind. In Belfast und Glasgow ist ein Teil der Arbeiterschaft stark bolschewistisch durchsetzt. Man muß dort mit Unruhen und Zusammenstößen rechnen. Die Regierung ist durch die Lage ernstlich besorgt. Sichtbar beeinflußt durch die Lage Englands, betont der „Secolo" nochmals die Notwendigkeit, rasch zu einem Vorfrieden zu kommen.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bekanntmachung über Pferdeschlachten vom 13. Dezember 1916 (R. G. Bl. S. 1357) ordne ich zufolge Auftrages des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilmachung folgendes an:

1. Das Abschlachten arbeitsfähiger Pferde ist verboten.
2. Die mit der Ausübung der Schlachtvieh- und Fleischbeschau beauftragten Tierärzte haben bei Vornahme der Schlachtviehbeschau die zur Beschau vorgeführten Pferde auch auf die Arbeitsfähigkeit zu untersuchen. Bei festgestellter Arbeitsfähigkeit haben die Tierärzte die Pferde von der Schlachtung zurückzuweisen und der zuständigen Ortspolizeibehörde unter Angabe des Roßschlächters oder Besitzers und Signalementes des Pferdes von der Zurückweisung Anzeige zu erstatten.
3. Die Roßschlächter oder Besitzer der Pferde haben sich der Ortspol. zeibehörde gegenüber über den Verbleib der Pferde auszuweisen.
4. Die Ortspolizeibehörde hat den Verbleib der Pferde zu überwachen.
5. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Merseburg, den 28. Januar 1919.

Der Regierungspräsident. gez. v. Gersdorff.

Vorstehende Anordnung wird hiermit zur Kenntnis gebracht.

Halle, den 5. Februar 1919. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf Veranlassung des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates wird mit Wirkung vom Montag, den 10. Februar 1919 ab die Veranstaltung öffentlicher Maskenbälle, Kappenabende, Narrenabende, Bockbierfeste und ähnlicher Veranstaltungen, sowie der Verkauf von Abzeichen, Orden und sonstiger Scherzartikel in Gast- und Schankwirtschaften und sämtlichen Vereins- und Gesellschaftsräumen, in denen Speisen und Getränke verabfolgt werden, verboten.

Oeffentliche Tanzvergnügen werden künftig den einzelnen Saalinhabern monatlich nur noch vier genehmigt werden. Die Erlaubnis zur Veranstaltung von Tanzvergnügen erhalten nur noch die Wirtschaftsinhaber, Vereine und Gesellschaften, nicht aber einzelne Personen.

Die Anmeldungen sämtlicher Tanzlustbarkeiten, sowohl der öffentlichen wie der geschlossenen, sind rechtzeitig bei der Polizeiverwaltung zur Prüfung vorzulegen. Jede Tanzlustbarkeit, auch eine geschlossene, darf erst stattfinden, nachdem die Polizeiverwaltung ihre Zustimmung gegeben hat. Die Meldungen sind bei den zuständigen Polizeirevieren einzureichen.

Halle, den 7. Februar 1919.

Für den Arbeiter- u. Soldatenrat. Die Polizeiverwaltung.
K. Reiwand.

Bekanntmachung.

Vom Montag, den 10. d. M. ab werden alle bei den Kohlenhändlern im Bestand befindlichen und weiterhin eingehenden Haushrandkohlenmengen, gleichgültig welcher Art, beschlagnahmt.

Vom genannten Tage an dürfen die Händler nur diejenigen Haushalte, Gewerbebetriebe usw. mit Brennstoffen beliefern, die ihnen von der Ortskohlenstelle nach besonderer Anweisung bezeichnet werden.

Am 10. Februar werden sämtliche Kohlenhändler unter Rückgabe aller unbelieferten bzw. teilweise belieferten Kohlenkarten der Ortskohlenstelle ihren Bestand.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund der § 9 der Bekanntmachung vom 20 März 1918 streng bestraft werden.

Alle Anträge auf Kohlenbelieferung sind von ihren [illegible] Tage an direkt im Büro der Ortskohlenstelle (Marktplatz [illegible]) anzubringen. Es wird dringend ersucht, die Anträge [illegible] lich zu stellen, da wegen großen Andrangs eine [illegible] wortung unmöglich sein wird.

Halle, den 6. Februar 1919.

Der Arbeiter- und Soldatenrat. Der Magistrat.
Kilian.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190208-19/fragment/page=0003

Stadt Theater

Sonnabend, d. 8. Febr. 1919, Anf. 7 Uhr, Ende 11 Uhr.
Dies Irae.
Sonntag, den 9. Febr. 1919, nachm. 3 Uhr:
Fremdenvorstellung zu erm. Preisen:
Komtesse Guckerl.
Lustspiel von Schönthan und Koppel-Ellfeld.
Abds. 7, Ende 10½ Uhr:
Lohengrin.
Oper von Rich. Wagner.
Montag, d. 10. Febr. 1919, Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr:
Die Rose von Stambul.
Operette von Leo Fall.

Zoo.
Sonntag, d. 9. Febr. 1919, nachm. 3½ Uhr:
Militär-Konzert
(Streichmusik)
ausgeführt vom
Trompeterkorps des Manef. Feldart.-Reg. Nr. 75.
Leitung: Obermusikmeister Karl Steiner.
Eintritts-Preise: Erwachsene 50 Pf., Kinder 20 Pf., Militär ohne Dienstgrad zahlt vormittags 10 Pf., 2206 nachm. 20 Pf.

Gummierte und wasserdichte **Bettstoffe**
in guten Qualitäten sowie Bedarfsartikel für Wöchnerinnen und Säuglinge empfiehlt
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstr 41. 2098

Thalia-Theater.
Gastspiel des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 9. Februar 1919, abends 7½ Uhr:
Die spanische Fliege.
Schwank von Arnold und Bach.

Sozialistenmarsch, Marseillaise, Internationale u. a.
für Orchester, Klavier u. Chor
J. Günther Verlag
Dresden 10 [1844

Fast ungebrauchte
Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Aufbaum-Schränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt 2050
R. Sachse, Hohenmölsen, Lützener Str. 7.

Alte Promenade 11a — **U.T** — **Leipziger Strasse 88**
Fernruf 5736. Fernruf 1224.

Seelen in Ketten
Sensationelles Drama aus der jetztzeit in 4 Akten.
Hauptrolle:
Werner Krauss.
Vorführung: 3.00 5.00 7.10 9.20

Der Wahn ist kurz
Grosses Gesellschafts-Drama in 4 Akten.
Hauptrolle
Maria Fein.
Vorführung: 3.00 5.10 7.10 9.30

Paul Heidemann
in dem 3 Akten-Lustspiel:
Der Kampf mit dem Drachen
Vorführung 4.20 6.30 8.30

Anna verlobt sich
Humorvolles Lustspiel in 2 Akten.
Hauptrolle
Anna Möller-Linke.
Vorführung: 4.00 6.10 8.10

Berliner Straßen-Kämpfe
Aktuell!
Ausserdem das übrige Beiprogramm.

Ich versichere Sie ..
Burleske in 2 Akten.
Vorführung: 4.40 6.40 8.50
Ausserdem das übrige Beiprogramm.
Beginn 3 Uhr.

Institut „FARA"
Kosmetik — Schönheitspflege — Körperkultur
Grosse Ulrichstr. 47, I.
2207 Teleph. 5843.
Spez. „Fara"-Massagen. „Einzig" elektr. bewährt. Gesichts-Kräuter-, Dampfbäder, unsichtbare Hautschälkur gibt jugendfrische, beseitigt Erschlaffungen, Falten- und Runzelbildung.
Nasen- u. Gesichts-Korrekturen, Büstenpflege. Befreiung v. Unreinheiten, Mitessern, Gries, fettige grossporige spröde Haut, Sommersprossen, Gesichts- u. Nasenröte, Frostschäd., Lederfleck., Warz., Damenbärte schmerz- u. narbenlos.
Hand- u. Fusspflege.

Das Kommunistische Manifest.
Mit Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels und einem Vorwort von Karl Kautsky.
Preis: 50 Pfennig
Zu haben in der
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Freiwillige vor!

Kameraden! Deutschland ist in schwerer Gefahr! Während wir an dem Ausbau unserer inneren Freiheiten arbeiten, ist die Freiheit unserer Landsleute im Osten, aus dem täglich erschütternde Hilferufe an uns gelangen, von außen bedroht. Noch ein paar Tage ohne energische Abwehr, und wir müssen befürchten, daß weitere Gebiete im Osten dem polnischen Imperialismus zum Opfer fallen, der unter Brechung von Gesetz und Landesfrieden die schwerste Stunde der jungen deutschen Republik mißbraucht. Die Regierung und Volk protestieren gegen diese Versuche, vor Friedensschluß die Welt vor fertige Tatsachen zu stellen. Wir haben die Wilson-Punkte als Grundlage für den künftigen Frieden angenommen und werden sie gewissenhaft halten.

Kameraden! **Proteste allein nützen nichts,** sie ersetzen die Nahrungsmittel nicht, die uns gesperrt werden, sie schaffen die Kohlen nicht, ohne die unser Wirtschaftsleben zugrunde gehen muß, sie bringen uns das Ansehen nicht zurück, das uns verlorengeht. Sie helfen den Kameraden in den Ostsee-Provinzen zu keinem ungestörten Abzug. Wehren müssen wir uns. Meldet euch freiwillig zum Grenzschutz; bei jedem Bezirkskommando werden Meldungen entgegengenommen und auch die günstigen Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Anwerbungen von Freiwilligen erfolgt. Wir wollen euch in keinen neuen Krieg führen. Ihr sollt das **Vordringen von Landesfriedensbrechern aufhalten.** Ihr sollt das Ueberrumpeln wehrloser Städte und Dörfer verhindern. Ihr sollt es unmöglich machen, daß Fremde nach Deutschland wie in ein herrenloses Haus eindringen und sich festsetzen. Ihr sollt als republikanische Wehrmänner die Errungenschaften der Revolution sicherstellen und die im Innern geschaffenen Neueinrichtungen verteidigen. Noch jede Revolution, die französische wie die russische, hat unter der Fahne ihrer neuen Ideale freiwillige Armeen aus der Erde gestampft. Folgt dem Rufe der deutschen Revolution! Sie kann ohne eure Hilfe ihre Ziele nicht erreichen. Zeigt, daß die Revolution den Militarismus getötet hat, aber nicht die freiwillige Schutzbereitschaft ihrer freiwilligen Bürger. Die Republik ruft euch, sie sorgt für euch, aber sie braucht euch auch. **Freiwillige vor!**

Die Reichsregierung.
Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissel.

Generalkommando IV. Armeekorps.
Abt. ia Nr. 800.

Magdeburg, den 15. Januar 1919.

Ausführungsbestimmungen:

I. Freiwillige für die Gebiete des Befehlsbereichs Oboft — **außerhalb** der Reichsgrenzen — und Grenzschutz Ost — **innerhalb** der Reichsgrenzen — können sich bei

jedem Garnisonkommando oder Bezirkskommando

melden, die nähere Auskunft erteilen.

Unmittelbare schriftliche oder mündliche Meldungen beim Kriegsministerium, Oboft, Generalkommando oder einer anderen Dienststelle sind **zwecklos** und werden **nicht berücksichtigt.**

II. Jeder Freiwillige hat seinen **Entlassungsanzug** mitzubringen. Soweit er noch feldtauchbar, kann er vom Staat gegen den Abschätzungswert abgekauft werden. Ein entsprechender Vermerk in den Militärpaß ist aufzunehmen.

III. **Bedingungen:**

1. In Betracht kommen nur felddienstfähige, moralisch einwandfreie Persönlichkeiten, die mit der Waffe ausgebildet sind. Sie müssen mindestens halbes Jahr Frontdienst getan haben. Hierunter ist zu verstehen:
   a) Infanterie und Artillerie: Verwendung im Bataillons- oder Batterieverbande;
   b) Kavallerie: Verwendung im Kavallerie-Schützenregiment oder als Div.-Kav.;
   c) Pioniere: Verwendung im Kompagnie-Verbande;
   d) Nachrichten-, Eisenbahn-, Fliegertruppen und Kraftfahrer: Verwendung bei Feldformationen im Operations- oder Etappengebiet;
   e) Trainformationen: Verwendung bei Feld- oder Etappen-Formationen.

   Auch Mannschaften, die infanteristisch ausgebildet sind und sonst den Bedingungen entsprechen, können angeworben werden.

   Jahrgang 99 oder jüngere kommen vorläufig nicht in Frage.
2. Verpflichtung auf einen Monat vom Tage des Eintreffens beim Truppenteil mit vierzehntägiger Kündigungsfrist am 1. und 15. d. M. Wird die Kündigung zu dieser Frist von einer der beiden Seiten nicht ausgesprochen, so gilt der Vertrag um einen Monat verlängert. Die Entlassung eines Freiwilligen kann nur von dem Truppenteil ausgesprochen werden, bei dem er Dienst tut.
3. Unterordnung unter die eingesetzten Vorgesetzten, **denen Soldaten-(Vertrauens-) Räte zur Seite stehen.** Anerkennung der bisher gültigen Kriegsgesetze. (Aenderung derselben ist eingeleitet.)
4. Anerkennung nachstehender Gebührnisse für Oboft und Grenzschutz Ost, gültig vom 1. 1. 1919 ab:
   A. Offiziere und Beamte:
      a) mobile Gebührnisse,
      b) soweit sie als Offiziere nach Maßgabe ihrer Kriegsstelle, als Beamte nach Maßgabe ihrer Friedensstelle, auf Wohnungsgeldzuschuß Tarifklasse 3—6 angewiesen wären, eine Zulage von 5 Mark täglich, zahlbar am Monatsdrittel nachträglich.
   B. Unteroffiziere und Mannschaften:
      a) mobile Löhnung nach den Dienstgraden, mindestens 30 Mark monatlich,
      b) Zulagen: Im Grenzschutz Ost 5 Mk. täglich. Im Gebiet des Oboft außerhalb des Reiches 5 Mark täglich und eine monatlich nachträglich zu zahlende Treueprämie. Diese beträgt für den 1. Monat 30 Mark, für jeden weiteren Monat steigend um 5 Mark bis zu 50 Mark.
5. Verpflegung:
   a) Im Gebiet des Oboft: Mobile Verpflegung.
   b) Im Grenzschutz Ost: Stäbe und Truppen erhalten Feldportionen aus den Truppenküchen. Selbstbeköstigung ist unzulässig. Läßt sie sich in Einzelfällen nicht umgehen, so ist eine Entschädigung von 5 Mark für den Tag zustündig. In jedem Falle ist jedoch die Entscheidung des Generalkommandos einzuholen.
6. Unterkunft:
   Sowohl im Gebiet des Oboft als auch im Grenzschutz Ost ist die Unterkunft der Offiziere und Mannschaften frei.
7. Versorgung:
   a) Die Freiwilligen gelten als vorübergehend zum aktiven Militärdienst herangezogen im Sinne der Militärversorgungs-Gesetze.
   b) Die Ansprüche auf Familienunterstützung laufen weiter und werden neu begründet.
   c) Die freiwillige Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heere.

Von seiten des Generalkommandos,
Der Chef des Generalstabes.
v. dem Hagen,
Oberstleutnant.

Der Exekutivausschuß IV. Armeekorps.
Bock. 3482

Aufklärungs-Vortrag des Soldaten-Rates.
Montag, den 10. Februar, abends 7½ Uhr in den Thaliasälen:
Sozialismus oder Bolschewismus.
Ref.: **Herbert Berger,** Berlin.
Freie Aussprache.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Soldatenrat.**

Verband Hallescher Frauenvereine.
Dienstag, den 11. Februar 1919, abends 8 Uhr, in den **Germania-Sälen,** Gr. Steinstr.
Vortrag
von Herrn Geheimrat Waentig
über:
Stadtverordnetenwahlen und die Frauen.
Anschliessend freie Aussprache. 2213
Gäste willkommen. Der Saal ist gut geheizt.

Wohnung gesucht
nach außerhalb der Stadt. Angebote unter P. 100 an die Expedition dieser Zeitung

Schluss der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr.

Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße
Wieder vorrätig:
Gesetze und Verordnungen der sozialistischen Republik.
Ein Leitfaden durch die neu erlassenen wichtigsten Gesetzesvorschriften und Verordnungen. Preis: 1 Mk.

Nach Rückkehr aus dem Felde
Praxis wieder aufgenommen.
Dr. med. H. Barth,
Haut-, Venen- und Harnarzt.
641 Leipzigerstraße 82, I. — Telefon 4903.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190208-19/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 33. Halle, Sonnabend, den 8. Februar 1919. 3. Jahrgang.

Parteien — Lehrer — Einheitsschule.

Nach dem Kampfe um die lex Heinze vor etwa zwanzig Jahren schrieb der konservative Prof. H. Delbrück: „Kunst, Wissenschaft und Bildung haben sich in Deutschland unter die Fittiche der Sozialdemokratie flüchten müssen." Die Gründe dafür, daß Delbrück damit nicht übertrieben hatte, sollen hier unerörtert bleiben. Doch muß in diesem Zusammenhange und unter heutigen Zeitumständen darauf hingewiesen werden, weshalb auch andere Dinge nun noch unter dem Schutze der Sozialdemokratie gedeihen können. Greifen wir die Schulfragen heraus. Die Forderung: Freie Bahn dem Tüchtigen! heißt in der Praxis der Deutschnationalen — „Protektion!" — in kirchlichem Sprachgebrauch würde sie lauten: „Werden Papst zum Vetter hat, kann Kardinal leichtwerden." — Weltlichkeit der Schule ist oberster Programmpunkt, aber dabei kommen von den Rechtspolitikern scharfe Proteste gegen Aufhebung der geistlichen Orts-Schulinspektion. Wie vertragen sich ferner Separatismus und Reichsschulgesetz? — Ist ein freisinniges Schulprogramm und eine konservative Wahlbeteiligung nicht ein Widerspruch in sich selbst? Eins von beiden muß Blendwerk sein. — Erträglicher ist die Schule bei den Demokraten aufgehoben, doch rein um der Sache willen sind ihre Schulforderungen nicht aufgestellt, denn mancher demokratische Schulmann wünscht, daß ihm eine Sonderwurst gebraten würde.

Klar und ganz ohne Nebenabsichten ist das Schulprogramm der Sozialdemokratie. Sie hält zunächst die Schaffung von Erziehungs- und Pflegeanstalten (Kindergärten) für das vorschulpflichtige Alter für nötig. Mag der Aufenthalt resp. der Besuch ein oder zwei Jahre vorgesehen sein, mag er Pflicht oder Belieben sein, auf alle Fälle muß er eine gewisse Aufsicht bieten, den Vorzug, den das Kind der besitzenden Klasse infolge seiner Umwelt hat, auszugleichen. Sodann muß durch Reichsschulgesetz bestimmt werden, daß die Aufnahme in eine höhere Schule an den fünfjährigen Besuch der allgemeinen Volksschule gebunden ist. Unsere Erfahrungen bezüglich der Auswahl der Begabten haben eine weitere Forderung zur Folge gehabt. Wir mußten häufig fragen: Was hast du gelernt? Fiel die Antwort verneinend aus, so lag das an der Verneinung der Vorfrage: Was hast du gegessen? — Ein voller Bauch studiert nicht gern, und ein leerer Magen kann nicht studieren. Mithin ist den begabten, aber unbemittelten Kindern durch Errichtung von Schulheimen Gelegenheit zu geben, ihre unterrichtsfreien Tagesstunden dort in leiblicher und geistiger Fürsorge zu verbringen. Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts für alle Kinder ist ein Prinzip, welches erst dann seine volle Berechtigung hat, wenn der sozialistische Staat viel weitere Fortschritte gemacht hat. Bis dahin ist Grundsatz: „Abbau des alten Systems und Aufbau des neuen!"

Wollte man nach den letzten Aeußerungen in der halleschen Presse urteilen, so müßte man zu dem Schluß kommen, daß die Volksschullehrerschaft allein ein modernes Schulprogramm hätte, die übrige Lehrerschaft hingegen reaktionär gesinnt sei. Daß dies selbst für Halle unzutreffend ist, geht daraus hervor, daß seit 1917 Vertreter aller Schulgattungen den Programmstandpunkt verlangten hatten. Ende Sommer 1918 hatte man für die Praxis Vorschläge ausgearbeitet, die dem Magistrat zur Ausführung vorgelegt werden sollten. Im Augenblicke des Ausbruches der Revolution waren diese Vorschläge zum Drucke übergeben. Abgesehen davon, daß sie unter dem Gesichtspunkt der beschränkten Möglichkeit des alten Regiments zu beurteilen sind, sind sie den vor einigen Tagen hier skizzierten nicht nur ebenbürtig, sondern weit überlegen. Die hier aus Volksschullehrerkreisen aufgestellten Kardinalpunkte entsprechen den allgemeinen Wünschen an die Zukunftsschule keineswegs. Zunächst ist nach Aufhebung der bisherigen Vorrechte von einer Standesschule keine Rede mehr. Mithin fallen alle Schulen unter den Begriff der allgemeinen Volksschule. Diese umfaßt drei Schulgruppen: Minderbegabte, Normalschüler und Begabte; sie werden gemeinsam Kindergarten u. Grundschule zu besuchen haben. Nach dieser Zeit tritt eine Gabelung ein. Die ersteren werden der Hilfsschule zugeführt, soweit dies nicht schon vorher geboten erschien, die Normalen verbleiben der Stammschule (deutsche Hauptschule) und die Begabten sind in Förderklassen zu sogenannten Mittelschulen zusammenzuführen. Dort müssen wiederum alle diese Schüler zwei Jahre bleiben. Am Ende des fünften Schuljahres tritt in allen drei Schulgruppen eine neue Auslese ein. Die Mittelschule gibt ihre tüchtigsten Kinder an die lateinischen Hauptschulen und übernimmt solche aus der deutschen Hauptschule, wogegen bei ihr eine Ausnahme aus der Hilfsschule in Erwägung gezogen wird. Aber auch nun wird die Brücke nach oben nicht abgebrochen, sondern zwei Jahre später, also am Schluß des siebenten Schuljahres, tritt eine neue Schulgattung, die neusprachliche Hauptschule, hinzu, und damit ist ein Austausch nach oben eventuell auch nach unten verbunden. Mit dem sechsten Schuljahre ist in den Stamm- und Mittelschulen der Arbeitsunterricht als gesonderter Lehrfach einzuführen, der gewissen manuellen Begabungen besonders Rechnung trägt. In jenen ist in Lehrwerkstätten zu künstlerischer Bildung hinzuleiten, in diesen wird mehr die naturwissenschaftlich-technische Seite eine Pflegestätte finden. Der Stammschule wird mit dem Abschluß des 14. Lebensjahres die obligatorische Fortbildungsschule, der Mittelschule die kaufmännische angegliedert. Beiden tüchtige Lehrlinge werden nach zwei Lehrjahren den kaufmännischen Schulen überwiesen. Den letztgenannten Schulgruppen kann sich noch eine technische Fachschule anschließen, die wiederum nur von einer Blütenlese besucht wird. Für den Normalschüler erhält hier der Bildungsgang mit 18 Jahren seinen Abschluß. Der Mittelschüler, der mit Erfolg bisher gearbeitet hat, soll auch noch die letzte Sprosse erklimmen können. Ihm ist die technische Hochschule zugänglich. Welche inneren Wandlungen und Einrichtungen hierzu nötig sind, ist von Schulmännern in gemeinsamer Arbeit zu bestimmen. Ob die Schüler dabei in einem Gebäude unterzubringen sind, läßt sich nicht ohne weiteres entscheiden, ist aber auch nebensächlich. In jeder Schulgattung wird sicherlich eine Anzahl Grundschulklassen sein. Bezüglich der Schülerzahl muß daran festgehalten werden, daß ersprießliche Arbeit nur geleistet werden kann, wenn die Kopfzahl einer Klasse 35 nicht übersteigt. — Streifen wir nun noch die Lehrerbildung. Bisher gab es Seminarier und Akademiker, das Bindeglied zwischen ihnen war der Mittelschullehrer. Die Mittelschullehrer konnten den Volksschullehrern, Geistlichen, Kandidaten der Theologie und Philologie entstammen. Von den zwei Kandidaten mußte vor der Prüfung nachgewiesen werden, daß sie drei Jahre Fakultätsstudium in der Universität getrieben hatten. Behält man vor Augen, daß bisher die Regierung in Preußen nicht geionnen war, den Tüchtigen und Strebsamen leichte Brücken zu bauen, so wird man zugeben müssen, daß das Bestehen der Prüfung ein Maß von Leistung bedeutet, das einem Studium von sechs Semestern mindestens das Gleichgewicht hält. Diese Konsequenz hat das alte Preußen nicht gezogen. Die junge Republik wiederum hat soviel finanzielle Verpflichtungen, daß sie ihre Wünsche, die sich mit denen der Lehrerschaft teilweise der Vorbildung ihrer Erzieher deden, augenblicklich nicht in die Tat umsetzen kann. Es gilt also vorhandene Ansätze auszubauen, dahin gehört neben obiger Konsequenz die Zulassung der Lehrer, die ihre Staatsprüfung mit dem Prädikat: Gut —! abschlossen, zum Universitätsstudium. Die Gegnerschaft, die diese Vorschläge bei einem Teil der Lehrerschaft erfährt, liegt in gewissen Strömungen des Unterbewußtseins begründet. Man vergesse nie, zur Hebung unserer Volksbildung gehört Geld und wieder Geld. — Dieser Umstand drängt zum letzten Punkt, dem Abbau des Schulgeldes. In den ersten fünf Jahren der kommenden Zeit wird die Bevölkerung davon eine Art Prämiensystem darstellen. Ist dann die Einheitsschule in den Sattel gehoben, dann werden Eltern bis 7500 Mark Einkommen vom Schulgeld befreit werden können. Einkommen bis 10 000 Mark zahlen ein Schulgeld nach heutigen Sätzen. Höhere Einkommen werden schärfer heranzugezogen. So müßten Millionäre die Summe aufbringen die aus der Erziehung ihrer Kinder dem Staate erwächst. — Wir Lehrer aber wollen nicht um kleinlicher Gründe willen das Ziel gefährden und eine Kluft zwischen uns aufreißen. Der Lehrer gehört zu den Proletariern, von dem der Genfer Prof. Edgar Milhaud schrieb:

„Die Sache der Kultur in allen ihren Bestrebungen ist die Sache des deutschen Proletariats!"

B. S.

Lokales und Provinzielles.

Halle, 8. Februar 1919.

Mitgliederversammlung der alten sozialdemokratischen Partei.

Stellungnahme zu den Stadtverordnetenwahlen.

Gestern abend hielt die alte sozialdemokratische Partei im Saale des Riebeckbräu, eine Mitgliederversammlung ab, die so stark besucht war, daß viele keinen Platz finden konnten. Der Besuch der Versammlung zeigte, daß auch in Halle unsere Partei bedeutende Fortschritte macht, daß die alte sozialdemokratische Partei hier trotz des steinigen Bodens vorwärts kommt und eine recht stattliche Anhängerschar mustern kann. Der zuversichtliche, kampfesmutige und arbeitsfreudige Geist, der über der Versammlung lag, berechtigt zu den besten Hoffnungen für den Ausgang der Stadtverordnetenwahlen.

Den einleitenden Vortrag hielt Genosse Kleeis über das Thema: „Welche Aufgaben hat die Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung". Seine klaren, verständlichen Ausführungen, an deren Schlusse er die Versammelten aufforderte, eifrig für die Partei zu wirken, die eigentliche Arbeit zu leisten und ihre ganze Energie für ruhige und gesunde Entwicklung in Gemeinde und Staat einzusetzen, fanden lebhaften Beifall. Im Anschluß daran berichtete Genosse Pikard über die Vorarbeiten zur Stadtverordnetenwahl und brachte die nach den Beschlüssen des Vorstandes und der Parteifunktionäre zusammengestellte Kandidatenliste zur Stadtverordnetenwahl zur Kenntnis. Nach sehr lebhafter ausgiebiger Debatte, an der sich eine große Anzahl Redner beteiligten und alle Für und Wider gründlich erörtert wurden, wurde dieselbe in der vorgeschlagenen Fassung einstimmig angenommen. Die Kandidatenliste, auf der alle Schichten der Bevölkerung und Berufsschichten vertreten sind, werden wir veröffentlichen, sobald die erforderliche Unterschriften gegeben sind und die Liste endgültig fertgestellt ist. Weiter machte Genosse Pikard noch Mitteilung über Verhandlungen, die die Aufstellung einer gemeinsamen Liste der sozialdemokratischen Parteien zur Stadtverordnetenwahl zum Ziele hatte. Die bisherige sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, die aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen besteht, hat an die Parteileitungen beider Parteien ein Schreiben gerichtet und eine unverbindliche Aussprache zwecks Aufstellung einer gemeinsamen Liste angeregt. Wir haben uns an dieser unverbindlichen Aussprache bereit erklärt, während die Unabhängigen sie in Verfolg ihres Bezirkskonferenzbeschlusses ablehnten, in ihrem Schreiben aber Listenverbindung vorschlugen. Die Parteileitung und die Funktionäre beschlossen aber aus grundsätzlichen und taktischen Gründen eine Listenverbindung mit den Unabhängigen abzulehnen, in diesem Sinne beschloß auch die gestrige Versammlung. Schließlich gab Genosse Pikard noch Anweisungen über die vorzunehmende Wahlagitation und Gen. Kochanski wies auf die Bedeutung der Presse hin und ersuchte die Mitglieder, eifrig für die Verbreitung unseres Parteiorgans „Die Volksstimme" zu wirken. Gen. Chemnitz rügte den Bericht über die Resolution des Arbeiterrats vom 5. Februar. Der Vorfall wurde aufgeklärt und festgestellt, daß von böswilliger Verdrehung keine Rede sein konnte. Der Berichterstatter hatte irrtümlich einleitende Worte des Vors. Albrecht über einen Beschluß der Bezirks-A.- und S.-R. Merseburg mit dem Inhalt der Hallischen Resolution verwechselt. Der Irrtum wurde beseitigt dadurch, daß der Berichterstatter in der betr. Sitzung keine Abschrift der von Killian ziemlich schnell verlesenen Resolution erhalten konnte. Der peinliche Vorfall wurde bedauert. Zum Schluß konstatierte Gen. Pikard den befriedigenden Verlauf der Versammlung und bedauert nur, daß die Gasperre der Zusammenkunft ein vorzeitiges Ziel setzte. Er schloß die Versammlung mit der Aufforderung, ebenso zahlreich zu erscheinen, wenn an die Mitglieder der Ruf der Parteileitung zur kräftigen und ausdauernden Mitarbeit bei dem bevorstehenden schwierigen und wichtigen Wahlkampf ergehen wird.

Gewerkschaftsversammlung.

Montag abend 8 Uhr findet im Volkspark eine vom Gewerkschaftskartell einberufene Versammlung der Gewerkschaftsvorstände, gewerkschaftlichen Funktionen, Vertrauensmänner usw. statt, in der Herr Prof. Dr. Waentig-Halle über den **wirtschaftlichen Wiederaufbau des deutschen Reiches** sprechen wird. Auch alle übrigen Gewerkschaftsgenossen sind eingeladen und willkommen. Nach dem Vortrag findet freie Aussprache statt.

Demokratie von unten auf.

In ganz Preußen, außer den östlichen Grenzgebieten, finden im Monat Februar Gemeindewahlen statt. Alle Parteien rüsten eifrig und warten mit schönen Kommunalprogrammen auf. Die Partei, die auch auf diesem Gebiet von jeher eine feste und klare Politik verfolgt hat, ist die Sozialdemokratie. Gerade von ihrem sozialistischen Standpunkt aus mußte sie den Weg zu einer großzügigen Gemeindepolitik finden, welche die öffentlichen Mittel der Gemeinde dem Wohl und Nutzen der großen Bevölkerungsmasse dienstbar macht. Ihr Gemeindeprogramm ist angewandter und praktischer Sozialismus, der sich in der Praxis als ebenso durchführbar wie segensreich erwiesen hat.

Die Bedeutung der Wahl geht aber über den engen Rahmen der Gemeinde hinaus. Die kommunalen Körperschaften entsenden ihrerseits Vertreter in die parlamentarischen Körperschaften der inneren preußischen Verwaltung, in die Kreisausschüsse und Kreistage. Auch die künftige Zusammensetzung der Provinziallandtage wird so letzten Endes von dem Ausgange der Gemeindewahlen abhängig. Gelingt es, den sozialdemokratischen Einfluß in der Gemeinden zum ausschlaggebenden Faktor zu machen, dann fallen auch die letzten Junkerburgen, dann gerät der vielfach noch reaktionäre Beamtenapparat unter die Kontrolle der Demokratie.

Ein großer Teil der Unabhängigen wartet allerdings mit einem scheinbar radikaleren Mittel auf: Absetzung der Beamten. Das klingt sehr einfach, ist aber nicht durchführbar. Die dazu raten, handeln wie das Kind, das sein Spielzeug zerschlägt, weil es ihm nicht mehr gefällt, und dann heftig wehklagend zur Mutter läuft, und das Zerstörte wieder haben will. Der preußische Verwaltungsapparat ist trotz seines reaktionären Einschlags in seiner Art ein Kunstwerk, das auf 100jährigen Erfahrungen beruht. Er kann unmöglich mit einem Schlage beseitigt und durch einen vollkommen neuen Apparat ersetzt werden, der auch nur annähernd gleich regelmäßig funktioniert. Der höhere Beamte hat eine lange Ausbildungszeit und praktische [illegible] unbestreitbaren Vorsprung vor dem Neuling gibt, mag dieser auch noch soviel guten Willen mitbringen. So berechtigt auch vielfach die Klagen über den preußischen Assessorismus sind, bis zur Ausbildung neuer Beamter ist er nicht ganz zu entbehren.

Man muß also die Erfahrungen und Kenntnisse der jetzigen Verwaltungsbeamten benutzen, aber durch geeignete Kontrollkörperschaften dafür Sorge tragen, daß diese ihre Aemter nicht zu politischen Zwecken mißbrauchen. Das ist möglich, wenn die Sozialdemokratie in die kommunalen Selbstverwaltungskörper bis hinauf zu den Provinziallandtagen die geeigneten Männer entsendet. Wenn diese dort ihrerseits Erfahrungen und Kenntnisse sammeln, dann brauchen wir auch einen Beamtenstreik nicht zu fürchten, mit dem jetzt die reaktionären Blätter ständig drohen.

Merseburg. Aus der Partei. — Zur Stadtverordnetenwahl. Die letzte Mitgliederversammlung der alten sozialdemokratischen Partei befaßte sich außer mit einem Rückblick auf die beiden letzten Wahlkämpfe auch mit den kommenden Stadtverordnetenwahlen. Genosse Krüger erläuterte, welche wichtigen Arbeiten das Stadtparlament zu erledigen habe und die Stellungnahme der bis jetzt dort tätigen Stadtverordneten. Es wurde allseitig betont, daß es die höchste Zeit sei, mit der hier vorherrschenden Vettern- und Basenwirtschaft zu brechen und geeignete Leute aus den Reihen der Sozialdemokratie in das Stadtparlament zu senden. Es wurden sodann, wie wir schon berichteten, die Vorschläge für die Kandidatenlisten gemacht und es der Distriktsleitung aufgegeben, die Reihenfolge der Kandidaten festzulegen und möglichst alle Berufsstände usw. zu berücksichtigen. Des weiteren wurde die Kreis- und Distriktsleitung beauftragt, mit den Vertretern der U. S. P. D. in Verhandlungen zu treten, um zu ermöglichen, daß der Wahlkampf nur in sachlicher Form geführt werde, und auf diese Art die Annäherung der beiden Parteirichtungen ermöglicht wird. — In der allgemeinen Aussprache wurde von verschiedenen Rednern noch betont, überall für die Verbreitung der Volksstimme einzutreten und zur Aufklärung und Bildung der Leser die Zeitung mit Artikeln und Berichten auch aus dem Leserkreise zu versehen. Des weiteren wurde die Distriktsleitung beauftragt, durch Abhalten von wissenschaftlichen Vorträgen in den Mitgliederversammlungen die Parteigenossen im sozialistischen Sinne weiterzubilden und auch die Allgemeinbildung auf jede Art und Weise zu erweitern. Mit einem warmen Appell des Genossen Kämpf an alle Anwesenden, überall für den sozialistischen Gedanken zu wirken, überall für die Presse und Partei der alten Sozialdemokratie zu agitieren und einzutreten und nicht müde zu werden, bis auch hier der Sozialismus den Sieg über Klassengeist und Kapitalismus davongetragen habe, schloß die imposante, gut besuchte Versammlung.

Naumburg. Wichtig für dauernd von Naumburg verziehende Personen. Versorgungsberechtigte, die sich aus der Lebensmittelversorgung der Stadt dauernd abmelden, können den vorgeschriebenen Abmeldeschein in der Kartenhauptstelle nur erhalten, wenn sie sämtliche Lebensmittelkarten zurückgeben. Haushaltungen, die Kartoffeln auf Bezugsscheine erhalten haben, müssen die noch vorhandenen Kartoffeln vor der Abmeldung an die Städtische Kriegsküche hier abliefern. Die von der Kriegsküche ausgehändigte Bescheinigung ist bei der Abmeldung vorzulegen. Die Ausfuhr von Kartoffeln wird mit Rücksicht auf die auch hier bestehende Knappheit nicht mehr gestattet werden. — Die Geschäftsstunden der Städtischen Bekleidungsstelle, Rathaus Zimmer 1 werden bis auf weiteres auf Dienstag und Freitag, vormittags 10—12 Uhr festgesetzt.

Naumburg. Säuglingswäsche. — Knabenanzüge. In der Städtischen Säuglingswäschestelle sind große Bestände an Erstlings-Jäckchen, Hemdchen, Windeln, Unterlagen, Wickel-Tüchern, Lätzchen, Kissen- und Bettbezügen vorhanden. Dieselben werden auf Antrag an alle Einwohner des Kommunalverbandes Naumburg-Stadt leihweise gegen eine geringe Leihgebühr abgegeben. Anträge werden jeden Dienstag und Freitag in der Städtischen Bekleidungsstelle, Rathaus Zimmer 1, vorm. von 10—12 Uhr entgegengenommen, woselbst auch jede gewünschte Auskunft erteilt wird. — Ebenso werden Knabenanzüge an Minderbemittelte käuflich abgegeben.

Naumburg. Ein Ueberfall. Vor kurzem erfolgte auf die Bewohnerin eines Hauses in der Charlottenstraße ein schwerer verbrecherischer Ueberfall. Wie aus den Aussagen des festgenommenen Täters hervorgeht, wollte er sich an einer Dame, die ehrenamtlich im städtischen Familienunterstützungsamt in der Luisenschule tätig ist, rächen, weil er der Ansicht war, durch ihre Schuld eine beantragte Unterstützung nicht zugebilligt erhalten zu haben. Dieser bedauerliche Vorfall gibt erneut Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Damen und Angestellten des Familienunterstützungsamts in keinem Falle für die Versagung einer beantragten Unterstützung verantwortlich gemacht werden können, da sie zu einer Entscheidung über diese Anträge nicht befugt, auch sonst an der Bewilligung nicht beteiligt sind.

Eisleben. Erhöhung des Brotpreises. Hier fanden Verhandlungen von Vertretern der vier Kommunalverbände Eisleben-Stadt, Mansfelder See- und Gebirgskreis, sowie Sangerhausen unter Zuziehung von Arbeiterratsmitgliedern statt, in denen über eine Eingabe der Bäcker-Innungen beraten wurde, den Brotpreis um 4 Pfg. pro Pfund zu erhöhen. Als Begründung wurden von den Bäckern die erhöhten Kohlenpreise angegeben. Nach längeren Beratungen wurde der Preis für ein Pfund Brot auf 27 Pfg. festgesetzt.

Torgau. Die Spruchliste der Geschworenen für die am 24. Februar beginnende Sitzungsperiode des Schwurgerichts in Torgau ist veröffentlicht worden. Sie enthält wieder die meist ja schon bekannten Namen und die üblichen „höheren" Berufe. Ein Arbeiter oder gewöhnlicher Angestellter ist auch diesmal auf der Liste nicht ersichtlich. Sie sind also immer noch ein weites Gebiet für die Demokratisierung unserer öffentlichen Einrichtungen, diese „Volksgerichte" der Geschworenen, in denen jedoch in Wahrheit ein Mitglied aus dem eigentlichen Volke kaum jemals zu finden ist.

Elsterwerda. Parteiversammlung. Am Mittwoch, den 5. Februar, fand wiederum eine Sitzung unseres Ortsvereins (alte Partei) für Elsterwerda und Umgegend, im Vereinslokale, Hummels Vereinshaus, statt. Es wurden u. a. folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Künftig sollen die Vereinssitzungen regelmäßig Sonnabends, abends 8 Uhr, stattfinden. 2. Es soll eine Agitation für unsere Zeitung, die Hallische Volksstimme, vorgenommen werden. Die Exredit an der Volksstimme hat dazu eine Anzahl Freiexemplare zur Verfügung gestellt. 3. Für den am Sonntag, den 9. Februar, in Fallenberg stattfindenden Kreistag für den ehemaligen Wahlkreis Torgau-Liebenwerda, wurden zwei Genossen und eine Genossin mit der Vertretung des Vereins beauftragt. 4. Zwecks Stellungnahme zu den Gemeindewahlen findet Montag, den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190208-19/fragment/page=0005

10. Februar, abends 8 Uhr, in Hummels Vereinshaus, eine öffentliche Versammlung statt, zu der insbesondere die Freunde der alten sozialdemokratischen Partei (Ebert-Scheidemann), Wähler und Wählerinnen, aus Elsterwerda, Biehla, Krauschütz und Kossätzka, eingeladen werden. Das Referat hat Genosse Gründlich übernommen. Sonntag, den 16. Februar, soll eine öffentliche Versammlung stattfinden, in der Genosse Arbeitersekretär Kleeis aus Halle, über unser Gemeindeprogramm sprechen wird. — Anschließend findet eine Ausleihung von Büchern und Broschüren, aufklärenden sozialistischen Inhalts statt. Das erfreulich starke Interesse unserer Mitglieder, der Männer, wie der Frauen, das dabei zum Ausdruck kam, läßt auf eine recht gute Zukunft unseres ja noch jungen Vereins schließen.

Pröjen (Kreis Liebenwerda). „Wahlhilfe". Zu der gerade gegen uns in der Regel nicht sehr „brüderlichen" Kampfesweise unsere rundabhängigen Bruderpartei hat auch unser Ort ein Beispiel geliefert. Im Anschluß an einen Vortrag des Genossen Gründlich-Bietha, zwei Tage vor der Wahl zur deutschen Nationalversammlung meldet sich da hier ein angeblicher Parteigenosse bereitwilligst und eifrig zur Wahlhilfe am Wahltag und läßt sich dazu u. a. recht reichlich Stimmzettel zur Verteilung vor dem Wahllokal aushändigen. Am 19. Januar früh schickten unsere Genossen aus Elsterwerda aber doch einen eigenen Stimmzettelverteiler zu uns nach Pröjen heraus, denn schon hatten verschiedene Anzeichen bedenklich gestimmt gegenüber dem Pröjener „Vertrauensmann". Jedoch, man hatte den Ehrenmann zu Unrecht verdächtigt — denn siehe da, nachdem unser Elsterwerdaer Genosse schon eine ziemliche Zeitlang vor dem Wahllokal Stimmzettel verteilt hat, da naht man ihm bemerkbar, daß drin im Saal ja auch noch jemand für uns Stimmzettel verteilt — es war unser Pröjener „Vertrauensmann". Er weiß sich durchaus zuverlässig zu geben, und unser Elsterwerdaer Genosse überläßt ihm daher vertrauensvoll die weitere Stimmzettelverteilung in Pröjen. — Am Abend kommt dann das Wahlergebnis! Man sieht daran, „voll und ganz" hat in Pröjen die unabhängige Weltanschauung gesiegt: Neben 72 bürgerlichen Stimmen, 614 unabhängige und nur 44 für uns! Jedoch hinterher erfährt man, daß unser Pröjener „Vertrauensmann" zu den Unabhängigen gehörte und nur solange unsere Stimmzettel im Wahllokal verteilte, wie nötig war, um unseren Elsterwerdaer Genossen in Sicherheit zu wiegen. Als dieser fort war, stellte auch unser Pröjener „Vertrauensmann" seine Tätigkeit für uns wieder ein. Daher also das glänzende Wahlergebnis für die Unabhängigen, denn wir hatten vor dem Wahltage Stimmzettel im Orte selbst verteilt. Für die Preußenwahl am 26. Januar wurde selbstverständlich auf die Hilfsbereitschaft dieses unseres unabhängigen „Vertrauensmannes" verzichtet, obwohl man in Pröjen auch diesmal wieder unseren Elsterwerdaer Stimmzettelverteiler mit dem Trick zu belästigen suchte: „drin im Saal" verteile ja schon jemand unsere Stimmzettel. Und das Wahlergebnis brachte diesmal den Unabhängigen die Quittung für ihr „brüderliches" Verhalten: Neben wiederum 72 bürgerlichen Stimmen sank die Stimmenzahl der Unabhängigen von 614 am 19. Januar auf 504 am 26. Januar, während die unsere von 44 auf 120 stieg. Und das obwohl die Unabhängigen noch am Abend zuvor eine Wahlversammlung mit einem zugkräftigen Redner abgehalten hatten.

Falkenberg. Zu den Gemeindewahlen. In dem Wahlkampf ist eine kleine Pause bis zu den Gemeindewahlen eingetreten, welche von den Parteien als Atempausen benutzt werden, denn bei den Gemeindewahlen wird es einen harten Kampf mit den bisherigen Gewalthabern geben. Die Verhältnisse im Kreis Liebenwerda liegen so, daß wir als stärkste Partei des Kreises auch in den meisten Gemeindeparlamenten als Sieger hervorgehen werden. In Falkenberg hatten wir bei den Nationalwahlen 1221 Stimmen gegenüber 48 Stimmen bei den letzten Reichstagswahlen. Gewiß ein riesiger Erfolg. Dasselbe Verhältnis ist in den ganzen umliegenden Gemeinden von Falkenberg. Überall hat die alte sozialdemokratische Partei riesenhaften Stimmenzuwachs. So in Gölsa, Schmerkendorf, Uebigau usw. In Falkenberg findet am Dienstag die erste Versammlung zu den bevorstehenden Gemeindewahlen statt, in der Genosse Dietrich über die Aufgaben der zukünftigen Gemeindevertreter sprechen wird. Die Partei hat die Vertreter bereits aufgestellt und werden dieselben am Dienstag öffentlich bekannt gegeben. In einer Reihe anderen Ortschaften wird Genosse Dietrich im Laufe nächster Woche sprechen. Ueberall geht es um die Herrschaft in der Gemeinde. Mögen allerorts in unserem Wahlkreise Liebenwerda Torgau die geeignetsten Parteigenossen aufgestellt werden, denn von ihrer Arbeit hängt die Zukunft der ganzen Partei ab.

Aus dem Reiche.

Leipzig. Konstituierung des Stadtverordnetenpräsidiums. Am Mittwoch trat das neugewählte Stadtverordnetenkollegium zu seiner ersten Sitzung zusammen, die sich nur mit der Wahl des Präsidiums zu beschäftigen hatte. Als erster und zweiter Vorsitzender der Versammlung wurden die Unabhängigen Seger und Scheib gewählt. Unsere Genossen haben für Seger gestimmt, so daß er gegen den bürgerlichen Gegenkandidaten gewählt wurde. Die Wahl des dritten Vorstehers wurde vertagt, da Genosse Pollender ablehnte. Nach der vollzogenen Wahl hielt Herr Seger, der neue Vorsteher, eine Ansprache, die sich von der landesüblichen Art kaum abhob. Oberbürgermeister Dr. Rothe unterstrich Segers Ausführungen zum Teil und wies auf die großen Aufgaben hin, die der Stadt bevorstehen.

Magdeburg. Der Belagerungszustand verhängt. Angesichts der Vorgänge in der Mittwoch-Nacht hat der Exekutivausschuß des A.- u. S.-Rates sich entschlossen, den Räubern und Tumultanten gründlich das Handwerk zu legen. Er veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Es wird hiermit angeordnet, daß von heute an bis auf weiteres sämtliche öffentlichen Lokale um 9 Uhr abends zu schließen haben. Von 10 Uhr abends an bis 4 Uhr morgens werden alle Straßen der Stadt für den öffentlichen Verkehr gesperrt. Wer sich abends nach 10 Uhr unbefugt auf der Straße aufhält, wird ohne weiteres verhaftet. Zuwiderhandlungen gegen diese Bekanntmachung werden streng bestraft. Zum Betreten der Straße nach 10 Uhr abends werden in ganz dringenden Fällen Ausweise nur vom Garnisonkommando und für Reisende von der Bahnhofskommandantur ausgestellt. Der Arbeiter- und Soldatenrat. Wittmaack. Brandes. Schrader. Schmidt.

Vermischtes.

Diphtherieserum gegen die Grippe. In der schwedischen Aerztezeitung berichten zwei Aerzte über neue Methoden zur Behandlung der Grippe, die nach ihrer Angabe sehr zufriedenstellende Ergebnisse gebracht haben. Dr. Bierner erklärt, das einzige Mittel, das er als wirksam gegen die Grippe gefunden habe, sei das Diphtherieserum. Wenn man es am zweiten oder dritten Tage einspritze, so erweise es sich oft als geeignet, die Temperatur herabzusetzen und der Krankheit Einhalt zu tun. Dr. Grönstedt schildert ausführlich seine Behandlungsart, bei der er hauptsächlich kalte Packungen verwendete. Große Gaben Kognak und Kampfer dienten zur Belebung der Herztätigkeit.

Literatur.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 19. Heft vom 1. Band des 37. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Franz Mehring †. — Entwurf einer neuen Reichsverfassung von Heinrich Cunow. — Die Wahlen zur Nationalversammlung. Von Dr. Paul Lensch. — Aussichten der deutschen Sozialistenfahrt. Von Otto Lindner. II. (Schluß.) — Literarische Rundschau: Karl Heyer Dr. phil. et jur., Der Machiavellismus. Von K. Vorländer. Georg Simmel, Der Konflikt der modernen Kultur. Von K. Vorländer. Dr. Fritz Wertheimer, Durch Ukraina und Krim. Von Heinrich Cunow. Professor Dr. J. Wolf, Die Bevölkerungspolitik der Gegenwart. Von lq. — Notizen: Die englischen Parlamentswahlen.

Briefkasten der Redaktion.

Mw. E., Dommitzsch b. Torgau. Wir können Ihre Anfrage nur auf diesem Wege beantworten. Es ist uns leider nicht möglich, Ihnen in dieser Angelegenheit einen Rat zu geben, doch empfehlen wir Ihnen sich an das Arbeitersekretariat Halle a. S., Harz 42/43, zu wenden, wo Ihnen vielleicht bei richtiger Darlegung der Sachlage der gewünschte Rat erteilt werden kann.

Karl M., Kellner, Bad Elbra. Anfragen brieflich zu beantworten, ist vollkommen unmöglich, wir müssen schon beim Briefkosten bleiben. Wenn Sie auch nicht Verbandsmitglied sind (es zu werden, empfehlen wir Ihnen dringend im eigenen Interesse), so wird Ihnen doch durch das Verbandsbureau der Kellner, sofern offene Stellen vorhanden sind, Stellung vermittelt werden. Wenden Sie sich darum an: H. Hinze, Halle a. S., Volkspark, Burgstraße 27.

Wir bitten

unsere Leser und Leserinnen, sich bei Einkäufen auf die Anzeigen in der Volksstimme zu berufen.

Saalschloßbrauerei.
Montag, den 10. Februar von 6 Uhr
Großer Ball.
Volles Orchester 15 Mann.
Kapelle Füs.-Rgts. Nr. 36.

Merseburg.
Thüringer-Hof.
Jeden Abend große 2212
Variété-Vorstellung
Nur erstklassige Kräfte.
3 Damen. 5 Herren.
Gesang. Humor. Stimmung.
Artistischer Leiter: Max Götze, Leipzig.

Heeresentlassene!
Diejenigen aus dem Heeresdienst Entlassenen welche als Entlassungsanzug u. a. einen Mantel erhalten haben und diesen nicht unbedingt nötig brauchen, werden dringend gebeten, diese Mäntel zur Einkleidung von Freiwilligen für Oberost bezw. Grenzschutz-Ost gegen Abschätzungswert an die Heeresverwaltung zu verkaufen.
Abschätzung und Bezahlung erfolgt täglich von 9—3 Uhr im Stabsgebäude des Feldartillerie-Regiments Nr. 75, Zimmer 39.
Garnison-Kommando.

Möbel.
Empfehle in großer Auswahl: Ganze Wohnungs-Einrichtungen, Schlafzimmer, einzelne Möbel aller Art, besonders Bettstellen mit Matratzen, Sofas, Kleiderschränke, Vertikos, schöne Küchen usw.
Auf Wunsch bequeme Teilzahlungen
— Kredit auch nach auswärts — V7285
Kriegsanleihe und Sparkassenbücher werden in Zahlung genommen.
N. Fuchs,
Möbel-Ausstattungs-Geschäft
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 56, I. II. III. Etage.

Für die Konfirmation
empfehlen wir sehr preiswert in grosser Auswahl:
Kleiderstoffe schwarz u. farbig, in Reinseiden Taffet, Messaline, Kunstseide, China-Krepp, Halbwolle, Kunstwolle, Weiße Schleierstoffe, glatt und bestickt, Gute Köper-Seiden für Kostüme und Mäntel.
Fertige Kleider, Jacken und Blusen, schwarz, weiß und farbig, in Wolle und Seide, flotte, jugendlich kleidsame Formen in einfacher bis elegantester Ausführung
Fertige Leib-Wäsche, Taschentücher, glatt und gestickt, Strümpfe, Handschuhe, Unterröcke, Korsetts, Schürzen, Echarpes.
Tüll- und Batistkragen, Spitzen, Haarschleifen, Ledertaschen, Seidenbeutel Gürtel, Haarschmuck, Ketten, Broschen.
Für Konfirmanden: Leibwäsche, Serviteurs Kragen, Manschetten, Krawatten, Taschentücher, Handschuhe, Hosenträger.
Sämtliche Waren werden ohne Bezugschein abgegeben.
Brummer & Benjamin
Große Ulrichstraße 22/23. V335

Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.
Wieder vorrätig:
August Bebel: **Unsere Ziele.**
Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Korrespondenz".
Preis: 50 Pfg.

Montag, den 10. Februar 1919, abends pünktlich 8 Uhr
im gr. Restaurationssaale d. Volksparkes
Halle a. S., Burgstraße,
Versammlung
aller Gewerkschaftsvorstände, gewerkschaftlicher Funktionäre, Vertrauensmänner usw.
Vortrag
des Professors Dr. Waentig, Halle:
Der wirtschaftliche Wiederaufbau des Deutschen Reiches.
Hierauf Aussprache.
Auch alle sonstigen Gewerkschaftsgenossen sind willkommen.
Der Vorstand des Gewerkschaftskartells Halle.
2197

Möbel
hauptsächlich Schlafzimmer-Einrichtungen, bestehend aus Schrank mit oder ohne Spiegel, Waschkommode mit oder ohne Spiegel, Marmor oder Waschtisch, 2 Bettstellen, 2teilige Auflage und Federmatratzen, mit od. ohne Nachtschränkchen listern wir in jeder Preislage
auf Teilzahlung
auch Küchen in vielen Farben und Mustern von M. 350 bis 1250.
Grosse Auswahl im einzelnen Möbeln.
Bequeme wöchentliche oder monatliche Ratenzahlungen, die mögl. nach Wunsch der Käufer festgesetzt werden.
Eichmann & Co.
Halle a. S.
Grösst. Waren- u. Möbel-Kredithaus
Gr. Ulrichstrasse 21, Eingang Schulstrasse.

Stellen finden
Ordentliche
Zeitungs-Trägerinnen
werden gesucht.
Verlag der Volksstimme,
Gr. Ulrichstraße 27.

Schon jetzt werden
Sommerhüte
zum
:Umpressen:
angenommen.
Fritz Mösenthin,
Burgstrasse 1. 2210

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190208-19/fragment/page=0006